Beilage: Stellungnahme zum gemeinsamen Kommuniqué mit der GRF (KPD) zur Generallinie

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 24. vom 12. Juni 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Polens Revisionistenführer zu Verhandlungen in Bonn

Gierek - ein sozialfaschistischer Diktator

Vom 8. bis 12. Juni hält sich der Führer der sozialfaschistischen Diktatur Polens, Edward Gierek in Bonn zu Verhandlungen auf. Nach der Ratifizierung der „deutsch-polnischen Vereinbarungen", bei denen dieser sozialfaschistische Diktator für 2 Mrd. DM 125 000 polnische Bürger an die westdeutschen Imperialisten verkaufte, sollen jetzt weitere Abkommen und Verträge zwischen Warschau und Bonn geschlossen werden. Das alles diene – wie Gierek und Schmidt betonten – der „Aussöhnung" zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk. Doch diese Abkommen richten sich in Wahrheit gegen die Interessen des deutschen wie des polnischen Volkes!

Was da in Bonn so groß als „Aussöhnung" gefeiert wird, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Zusammenarbeit zwischen dem westdeutschen Imperialismus und der neuen polnischen Bourgeoisie, die die Macht an sich gerissen hat und den Kapitalismus in Polen vollständig wiederhergestellt hat.

Was diese Feinde des Volkes unter „Aussöhnung" verstehen, zeigt deutlich ein Ereignis am Rande des Gierek-Besuches in Bonn. Wenige Tage bevor Gierek eintraf, fällte ein Hamburger Gericht nach 3 1/2 Jahren Prozeßdauer das Urteil über 6 Massenmörder des Hitlerfaschismus: über den SS-Hauptsturmbannführer und Kommandanten des KZ's Trauniki, Karl Streibel, sowie über 5 weitere führende SS-Schergen. Es ging um die Ermordnung von mehr als 1 Million polnischer Juden! Die Angeklagten waren an diesen Massenmorden 1942/43 in Hitlers KZ's in Polen, Treblinka, Sobibor und Belzec sowie bei Ghetto-Räumungen in Lublin und Warschau beteiligt. Über 200 Zeugen haben in diesem Prozeß ausgesagt. Doch alle 6 Naziverbrecher wurden freigesprochen. Dieses Urteil ist ein Schlag gegen das deutsche und polnische Volk, die eine Bestrafung der Naziverbrecher fordern. Diejenigen, mit denen Gierek da „Aussöhnung" feiert, haben mit dem Urteil von Hamburg ein weiteres Mal gezeigt, daß sie Nachfolger des Hitlerregimes sind. Ob Schmidt, Genscher oder Kohl – sie sind die Vertreter eben derselben Monopole, die Hitler losschickten, um die Verbrechen gegen das polnische, wie gegen die anderen europäischen Völker zu begehen. Doch hinderte das etwa Gierek nach Bonn zu kommen und „Aussöhnung" zu feiern?

Wer ist dieser Gierek? Er ist selbst ein blutiger Unterdrücker, der das polnische Volk in Moskaus Diensten knechtet. Die westdeutsche Presse stellte ihn als Vertreter eines „modernen und aufgeschlossenen sozialistischen Landes" vor.



Dezember 1970. Polnische Arbeiter setzen aus Protest gegen die Regierungspolitik ein Haus der revisionistischen Partei in Brand.

Doch was die westdeutschen Imperialisten als so „aufgeschlossen" und „modern" preisen, ist in Wirklichkeit die Tatsache, daß sich unter der Revisionistenherrschaft mit Gierek an der Spitze in Polen die Zloty-Millionäre tummeln können. Mehr noch: Die Revisionistenclique der Vereinigten polnischen Arbeiterpartei hat in Polen vollständig den Kapitalismus restauriert und die Diktatur der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse errichtet. „Sozialismus" ist da nur noch Tarnung für Ausbeutung und Unterdrückung. Das ist es, was die westdeutschen Imperialisten an Herrn Gierek so „modern" und „aufgeschlossen" finden. Polen steht heute zudem unter der Oberherrschaft der russischen Sozialimperialisten, die mit 50 000 russischen Soldaten Polen besetzt halten, um für die Kremlzaren Ausplünderung und Ausbeutung zu sichern. Die Gierek-Clique ist dabei ihr direkter Statthalter in Warschau.

Kampf für den Sozialismus in Polen – daß heißt heute, Kampf gegen die sozialfaschistische Gierek-Clique. Das heißt, Kampf der illegalen KP Polens, die vor über zehn Jahren von den besten Kräften der polnischen Arbeiterklasse gegründet wurde und die – wie die Sektion DDR der KPD/ML – für den Sturz des revisionistischen Ausbeuterregimes durch die erneute proletarische Revolution kämpft, um die Diktatur der Arbeiterklasse wiederzuerrichten. Der Dezemberaufstand der Werftarbeiter 1970 in Gdansk, Gdynia und anderen Städten, dem sich andere Teile der Arbeiterklasse anschlossen, hat gezeigt, daß die

Fortsetzung auf S. 2 Sp. 1

Washington und Moskau schließen Atomvertrag

Ein demagogisches Manöver der beiden Supermächte

Am 28. Mai unterzeichneten die Chefs der beiden Supermächte, Ford und Breschnew, nach einjährigen Schachereien in Washington und Moskau den sogenannten „Vertrag über die Beschränkung der Atomexplosionen zu friedlichen Zwecken". Zu diesem Vertrag veröffentlichte die albanische Zeitung „Zeri I Popullit" einen Artikel unter dem Titel „Der neue Vertrag – ein neues demagogisches Manöver der beiden Supermächte", den wir im Folgenden gekürzt wiedergeben.

Dieser Vertrag, der zwischen den beiden imperialistischen Supermächten USA und Sowjetunion, zustandegebracht wurde, sieht vor, daß jede Seite an Ort und Stelle die unterirdischen „Atomexplosionen zu friedlichen Zwecken" inspizieren kann. Diese Inspektion zielt unter anderem auch darauf ab, daß die beiden Supermächte aus der gegenseitigen Erfahrung bei der weiteren Perfektionierung der verschiedenen Atomwaffen Nutzen ziehen und sie somit das amerikanisch-sowjetische Monopol auf diesen Gebieten noch mehr verstärken.

Was ist aber dieser Vertrag in Wirklichkeit? Er ist nichts anderes als ein neues teuflisches Manöver der beiden Supermächte, um ihre tägliche aggressive Tätigkeit und das zügellose Wettrüsten zu tarnen. Es ist nicht das erste Mal, daß die beiden imperialistischen Supermächte über ihre guten Absichten sprechen, die Atomversuche einzuschränken und unter Kontrolle zu bringen. Mit Vorschlägen und Erklärungen dieser Art treten sie nach wie vor in Genf und in Wien, bei den SALT-Verhandlungen und vor der UNO auf. Vor etwa 18 Monaten sprachen die sowjetischen Sozialimperialisten vor der UNO sogar von einem vollständigen und allgemeinen Verbot der Atomversuche und fügten die Klausel hinzu: „Mit Ausnahme der Atomtests zu friedlichen Zwecken". Die revisionistische Propaganda machte damals für diese „Friedensinitiative" Moskaus Riesenreklame und stellte sie als „vorbildlichen Humanismus" und als „Vorboten der vollständigen Abrüstung" hin. Dieser Vorschlag Moskaus fand auch die vollständige Unterstützung durch Washington, und die beiden Supermächte traten wieder einmal als „Bannerträger der Abrüstung" auf.

Fortsetzung auf S. 2 Sp. 1

Veranstaltung mit Vertretern des PAC

Es lebe der Kampf des Volkes von Azania!

Vom 17. bis zum 27. Juni werden Vertreter des „Pan Africanist Congress of Azania" (Südafrika) die Bundesrepublik besuchen. Genosse Gqobose, der Schatzmeister des „Pan Africanist Congress (PAC)", wird auf Veranstaltungen in Hamburg, Dortmund, Westberlin und Frankfurt über den Befreiungkampf des Volkes von Azania sprechen. Die Veranstaltungsreihe ist verbunden mit einer Spendensammlung zur Unterstützung des PAC.

Der PAC steht an der Spitze des nationalen Befreiungskampfes des Volkes von Azania. In den großen afrikanischen Städten Johannesburg, Kapstadt und anderen und den weiten ländlichen Gebieten werden über sechzehn Millionen Afrikaner von einer kleinen Schicht weißer Siedler, Großgrundbesitzer und Kapitalisten grausam unterdrückt und ausgeplündert. Südafrika ist ein Paradies für die weiße Oberschicht und die internationalen kapitalistischen Konzerne – aber ein Zuchthaus und Zwangsarbeitslager für die Afrikaner. **Soeben wird bekannt, daß der Faschist Vorster, Premierminister des Rassistenregimes, am 20. oder 23. Juni nach Bonn kommt. Er will sich hier mit US-Außenminister Kissinger und Bundesaußenminister Genscher treffen, um neue Komplotte gegen das Volk von Azania auszuhecken.** In der Tat sind die amerikanischen, britischen, französischen und westdeutschen Imperialisten die eigentlichen Nutznießer und Stützen dieses barbarischen Regimes. An jedem Dollar, an jeder Mark, die sie aus Südafrika herausholen, klebt das Blut zahlloser geschundener, gefolterter und ermordeter Schwarzer. Die angebliche Demokratie und Freiheit, von der die Kapitalisten reden, zeigt sich hier in ihrer nackten Gestalt: als terroristische, rassistische Unterdrückung des Volkes, als grausame Diktatur eines Häufleins von Ausbeutern über Millionen von Ausgebeuteten. Das Volk von Azania kämpft für die Revolution, für den Sturz des rassistischen Regimes und für die Vertreibung aller ausländischen Imperialisten aus seiner Heimat. Um in diesem Kampf zu siegen, gibt es nur einen Weg: den Griff des Volkes zum Gewehr, den revolutionären bewaffneten Kampf gegen die Unterdrücker. Das Volk von Azania hat sich erhoben. Unter der Führung des PAC kämpfen Zehntausende von afrikanischen Patrioten mit der Waffe in der Hand gegen die Rassisten. Machtvolle Streiks der Arbeiter in den Goldminen, Kupfergruben, in den Zentren der Industrie erschüttern das Regime. Die afrikanischen Landarbeiter,

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT

Das Volk der Sowjetunion wehrt sich . . . 2
SED-Beschlüsse: Verbesserungen für die Werktätigen? . . . 3
Ein sozialfaschistischer Maskenball . . 3
Der Palast der Republik: Ein Haus des Volkes? . . . 3
„Vermögensbildung" . . . 4
Erwitte: Seibels Erpressungsversuch . 4
Der Glanz der großen Kulturrevolution ist unauslöschlich . . . 5
Terrorurteil gegen Klaus Kercher . . . 6
Interview mit Schorsch Schmidt . . . 6
Anzeige gegen Günters Mörder abgelehnt . . . 6
GRF und KBW versuchen Rundreise des PAC zu sabotieren . . . 7
D„K"P-Terror gegen Genossen 8

Gierek - ein sozialfaschistischer Diktator

Fortsetzung von Seite 1

polnische Arbeiterklasse nicht bereit ist, dieses neue Ausbeuterregime der polnischen Revisionisten-Clique und ihrer Moskauer Oberherren zu dulden. Damals gelang es den Gomulka und Gierek den Aufstand mit Gewehrkugeln und Kanonen zu brechen. Und Gierek war es, der in der Folge die Führer des Aufstandes der Arbeiter hinterrücks und feige ermorden ließ. Doch die polnische Arbeiterklasse wird sich wieder und wieder erheben und unter der Führung der illegalen KP Polens den Sieg über das sozialfaschistische Regime erringen.

Gierek vertritt in Bonn keineswegs die Interessen des polnischen Volkes, sondern die der reaktionären polnischen Bourgeoisie. Er ist gekommen, um die Zusammenarbeit mit den westdeutschen Imperialisten auf Kosten der Werktätigen Polens und Westdeutschlands zu vertiefen. Bereits die letzten „deutsch-polnischen Vereinbarungen", bei dem die westdeutschen Imperialisten 125 000 polnische Staatsbürger für rund 18 500 DM pro Kopf einkauften, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Abkommen, die jetzt abgeschlossen werden sollen. In einem gemeinsamen Kommunique der illegalen KP Polens und der KPD/ML heißt es zu den deutsch-polnischen Vereinbarungen: *„Diese Vereinbarungen dienen nicht der Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk und geben keine Garantie für Frieden und Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern. Sie sind nichts weiter als ein schmutziges Geschäft, ein Menschenhandel, der das Ziel hat: Erstens, der reaktionären polnischen Bourgeoisie harte Devisen zu sichern, indem sie ihren Bürgern die Ausreisegenehmigung für Westdeutschland erteilt, um auf diese Weise die katastrophalen Folgen ihrer kapitalistischen Raubwirtschaft zu mildern und ihre Herrschaft zu verlängern; Zweitens, der Ausweitung des politischen und ökonomischen Einflusses der westdeutschen Monopolbourgeoisie in Polen zu dienen und ihr billige Arbeitskräfte zu sichern und ihre industrielle Reservearmee auf Kosten der Massensteuerzahler, der werktätigen deutschen Menschen zu vergrößern."*

Nicht anders gilt das für die Verträge, die jetzt in Bonn geschlossen werden: Da werden mit westdeutschen Kapitalien, die der westdeutschen Arbeiterklasse abgepreßt wurden, in Polen Kohlevergasungs- und Kupferprojekte errichtet, aus denen die westdeutschen Imperialisten wiederum Profite ziehen. Der polnischen Bourgeoisie aber dienen diese Kredite dazu, den drohenden wirtschaftlichen Staatsbankrott hinauszuschieben.

Giereks Besuch in Westdeutschland dient nicht der „Aussöhnung", sondern dem gegenseitigen Geschäft zwischen polnischer und westdeutscher Bourgeoisie. Aussöhnung und Zusammenarbeit kann es nur geben und gibt es nur zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk. Und dies nicht auf Grund der Papierfetzen, die in Bonn und Warschau unterzeichnet werden, sondern im gemeinsamen Kampf des polnischen, wie des deutschen Volkes gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker, gegen die westdeutschen Imperialisten sowie die revisionistische Honecker-Clique und die polnische Gierek-Clique, die unter dem Diktat Moskaus stehen. Das ist keine Einheit von Schacherverträgen und verlogenen Phrasen, sondern eine Einheit und Solidarität, die sich im gemeinsamen Kampf bewährt und festigt.

Nieder mit dem Schacher der westdeutschen Imperialisten und der Gierek-Clique!

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk!

Es lebe der gemeinsame Kampf der KP Polens und der KPD/ML!

Schlechte Versorgung
Das Volk der Sowjetunion wehrt sich

Trotz der strengen Zensur, mit der die neue Bourgeoisie in der UdSSR alle Nachrichten über Widerstandsaktionen des Volkes unterdrückt, sind in der letzten Zeit immer wieder Berichte über wachsende Kämpfe in verschiedenen Gebieten der Sowjetunion, vor allem in der Ukraine, in Estland, Litauen und Lettland, bekannt geworden.

Ursache für diese Kämpfe ist in erster Linie die immer schlechtere Versorgung der Sowjetbevölkerung mit Lebensmitteln. Die Sowjetunion, die noch unter Stalin Agrarprodukte exportieren konnte, mußte im vergangenen Jahr große Mengen von Grundnahrungsmitteln einführen: Getreide, Zucker, Fleisch. Trotzdem werden aufgrund der kapitalistischen Mißwirtschaft die Werktätigen immer schlechter versorgt: Für ein Pfund Kartoffeln muß der russische Arbeiter heute fast einen halben Tag lang arbeiten, für ein Pfund Tomaten mehr als einen ganzen Tag.Brot, Obst, Gemüse und Kartoffeln sind an vielen Orten bereits rationiert, in Moskau und anderen Großstädten gab es während des Monats April einen Tag in jeder Woche kein Fleisch, auf Anweisung der Verwaltung. Vor den Geschäften bilden sich lange Schlangen, Frauen, die den ganzen Tag über in der Fabrik geschuftet haben, müssen abends noch stundenlang anstehen, um etwas zu Essen zu ergattern. Manche Geschäfte weigern sich bereits, pro Kunden mehr als zehn Eier, ein Pfund Butter oder zwei Pfund Käse zu verkaufen, weil ihre Vorräte sonst nicht ausreichen. Gleichzeitig blüht das Spekulantentum, der schwarze Markt wird immer umfangreicher.

Fortsetzung auf S. 3 Sp. 4

Ein demagogisches Manöver der beiden Supermächte

Fortsetzung von Seite 1

Dem neuen, von den beiden Supermächten ausgearbeiteten Vertrag zufolge, wird jede Seite das Recht haben, auf den Versuchsgeländen der anderen Seite darauf zu achten, daß die unterirdischen Atomexplosionen nicht die Stärke von 150 Kilotonnen überschreiten. Diese Grenze wurde in einem anderen Abkommen aus dem Jahr 1974 als Grenze zwischen den friedlichen und den militärischen Atomversuchen festgelegt. Um die verheerende Kraft einer solchen Explosion, die die beiden Supermächte als friedlich bezeichnen, besser verstehen zu können, genügt es daran zu erinnern, daß die Atombombe, die die US-Imperialisten über Hiroshima abwarfen lediglich eine Stärke von 20 Kilotonnen hatte. Auch bei diesem Abkommen handelt es sich also um einen Betrug, der die wirklichen Ziele der beiden Supermächte tarnen soll.

Entsprechend ihrer Kriegspläne arbeiten die beiden Supermächte unaufhörlich auf die Perfektionierung ihrer Kernwaffen hin. Mit verschiedenen Experimenten zielen sowohl die US-Imperialisten als auch die sowjetischen Sozialimperialisten darauf ab, auch Atombomben mittleren und kleineren Kalibers herzustellen. Mit diesen bestücken sie ihre verschiedenen Waffengattungen – angefangen von den Raketen für Flugzeuge bis hin zu den Artilleriegeschützen. So wird die Gefahr, die dieser neue sowjetisch-amerikanische Vertrag für die Völker darstellt, äußerst klar.

Der Verlauf der täglichen Ereignisse hat den beiden Supermächten seit langem schon die Friedensmaske heruntergerissen. Während sie eine angebliche „Friedensinitiative" nach der anderen unterbreiten, galoppieren die USA und die Sowjetunion unaufhörlich zur grenzenlosen Aufrüstung hin. Neben ihrem demagogischen Lärm über Abrüstung haben sie niemals aufgehört, ihre Atomwaffen und ihre Trägerwaffen weiter zu entwickeln und zu perfektionieren.

1963 schlossen die beiden Supermächte den Vertrag über das teilweise Verbot der Atomversuche ab. Bis heute aber hat keine der beiden Seiten ihre Versuche verringert – im Gegenteil: Von damals bis heute wurden über 400 Kernwaffenversuche registriert. Ebenfalls die Chefs der beiden Supermächte, Breschnew und Nixon, waren es, die 1972 das Abkommen über die Einschränkung der strategischen Waffen, das Abkommen SALT 1, unterzeichneten. In Wirklichkeit aber häufen die beiden Supermächte ihre Waffenbestände immer mehr an, um jederzeit den absoluten Vorsprung gegenüber den anderen beizubehalten. Sie perfektionieren ihre Waffen immer wieder, und zwar in raschem Tempo.

Auch in dieser Hinsicht geht der Wettbewerb unter ihnen weiter. Jede Supermacht arbeitet an der Herstellung und Vervollkommnung neuer strategischer Waffen. Wenn die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Backfire-Flugzeuge herstellen und damit drohen, daß sie mit diesen Flugzeugen Atomwaffen in alle Teile der Welt transportieren können, so antworten die US-Imperialisten auf diese Drohungen mit ihren Poseidon-U-Booten und mit ihren ferngelenkten Cruise-Raketen, die ebenfalls in der Lage sind, überall einzuschlagen. Auch die aggressiven Kriegsflotten dieser beiden Supermächte, ihre Atom-U-Boote und Flugzeugträger, kreuzen drohend auf den Meeren und Ozeanen der Welt.

Unter solchen Bedingungen kann man sich leicht den Wert des sogenannten „Vertrages über die Beschränkung der Atomversuche zu friedlichen Zwecken" vorstellen. Dieser Vertrag ist eine Fortsetzung der Unmenge von Verträgen und Abkommen, die beide Supermächte immer wieder fabrizieren für ihre Ziele des Kräftegleichgewichts und für betrügerische Propagandaeffekte. Ihre grenzenlose Demagogie und Heuchelei kann niemals ihre gefährliche hegemonistische und aggressive Natur tarnen. Ein Beweis des zügellosen Wettrüstens zwischen Washington und Moskau ist die Tatsache, daß sie allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 11 unterirdische Atomversuche durchgeführt haben. Die beiden Supermächte lassen Hunderte Satelliten in den Weltraum starten, deren Aktivität sich mit militärischen und Spionagezielen verbindet. Deshalb sind auch die unterirdischen Atomexplosionen, die die beiden Supermächte auf den Namen „zu friedlichen Zwecken" taufen wollen, nichts anderes als Legalisierung der Verstärkung der Zahl von Atomexplosionen zu Kriegszwecken und zur weiteren Vervollkommnung der Atomwaffen.

Kurz berichtet

MAINZ

Die Ortsgruppe Mainz führte am 22.5. eine Veranstaltung zum Prozeß gegen den ROTEN MORGEN durch, zu der etwa 45 Freunde und Genossen kamen. Nach einer Rede des Vertreters der Partei lasen Genossen eine Kurzgeschichte vor über die illegale Verbreitung der „Roten Fahne" während der Weimarer Republik. Die Rote Hilfe Deutschlands und der KJVD in Mainz hatten Grußadressen geschickt. Anschließend fand eine Versteigerung statt zur Unterstützung des Prozesses. Eine Nummer des ROTEN MORGEN „Es lebe der Kommunismus" wurde für 157 DM versteigert. Insgesamt konnte die OG Mainz 287 DM Spenden überweisen.



WESTBERLIN

Nach über zwei Jahren erschien in Westberlin zum erstenmal wieder eine Zeitung für den Stadtteil Neukölln, die „Rote Front Neukölln". Die Zeitung geht ein auf eine Schweinerei im Stadtteil Neukölln, die die Empörung vieler Bewohner hervorgerufen hat: Das einzige Freibad Neuköllns soll geschlossen bleiben, in einem anderen Artikel werden die Ziele der KPD/ML erläutert.

NÜRNBERG

Mehrere Wochen lang bereitete die ROTE GARDE eine Veranstaltung vor zum Thema „Was wollen wir jungen Kommunisten?" So bedruckten die Genossen zum Beispiel rote Halstücher mit dem Parteiabzeichen und den Worten „Rote Garde", die großen Anklang fanden und gern gekauft wurden. Eine Vertreterin der ROTEN GARDE schilderte in einer Rede klar und anschaulich die Ziele der Partei und der ROTEN GARDE. Anschließend trat der Agitproptrupp auf, und die Teilnehmer an der Veranstaltung lernten gemeinsam revolutionäre Lieder. Eine Sammlung für den ROTEN MORGEN brachte über 70 DM.

DORTMUND

Zwei NPD-Faschisten versuchten den Agitpropstand, den die Ortsgruppe an jedem Samstag in der Innenstadt aufstellt, umzuwerfen und zerstörten bei ihrem heimtückischen Angriff Agitpropmaterial. Den Genossen gelang es, die beiden zu vertreiben. Sofort bildeten sich Diskussiongruppen, in denen die Provokationen der Faschisten einhellig verurteilt wurden. Die Genossen führten viele Gespräche und konnten eine große Anzahl ROTER MORGEN verkaufen.

BERICHTIGUNG

Im Interview mit einer Genossin, die vor einiger Zeit von der GRF zur Partei kam, das wir im RM Nr. 22 abdruckten, ist ein Fehler enthalten. Delegierte haben auf dem 1. Parteitag der GRF nicht den Antrag gestellt, die Hauptlosung zu ändern in „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland", sondern sie forderten als Hauptlosung „Für die sozialistische deutsche Republik."

Offen gesagt ...
Zynismus!

Mit schamlosem Zynismus hat die SPD auf die wachsenden Proteste im In-, vor allem aber im Ausland, auf die politische Unterdrükkung und Faschisierung in der Bundesrepublik geantwortet. Ohne auch nur ein Minimum an der bisherigen Praxis zu ändern, verkündete die Bundesregierung kürzlich, sie habe den „Radikalenerlaß" aufgehoben. Willy Brandt, den die westdeutschen Imperialisten vor allem im Ausland als Paradebeispiel für „Fortschritt und Demokratie" herumreisen lassen, um sich in das Vertrauen der Völker besser einschleichen zu können, erklärte sogar, seine seinerzeitige Unterschrift unter diesen Erlaß sei ein „Irrtum" gewesen. Die Zustimmung und Verabschiedung der Notstandsgesetze, das ganze Bündel der terroristischen, gegen das Volk gerichteten Gesetze und Maßnahmen, die alle die Unterschrift Brandts und seiner SPD-„Genossen" tragen, sprechen allerdings eine andere Sprache. Als Partei des Monopolkapitals, als Regierungspartei der westdeutschen Banken und Konzerne hat die SPD die Faschisierung planmäßig und bewußt vorangetrieben, um die revolutionären Kräfte in unserem Volk zu unterdrükken und, mit der Verschärfung der Klassenwidersprüche, Schritt für Schritt die Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur vorbereitet.

Wenn die SPD jetzt die Fahne der „Demokratie" schwingt, so ist das nichts als Demagogie. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Die westdeutschen Imperialisten sind in Europa unter Beschuß geraten. Die chauvinistischen Töne aus Bonn, die Arroganz und Anmaßung eines Helmut Schmidt, die teilweise offen faschistischen Tiraden eines Strauß und Co., die politische Unterdrückung und insbesondere die Praxis der Berufsverbote rufen die wachsende Empörung der Werktätigen in den europäischen Ländern hervor, die die Greuel und Verbrechen des Hitlerfaschismus nicht vergessen haben. In Schweden sprach bereits eine bürgerliche Zeitung von „Polizeistaat Bundesrepublik"; das belgische Fernsehen verglich in einer Sendung die Berufsverbote mit dem Terror der Gestapo; und das holländische Fernsehen brachte sogar einen Filmbericht über die Ermordung unseres Genossen Günter Routhier durch die Polizei. Daß die modernen Revisionisten und solche angeblichen Sozialisten wie der Franzose Mitterand gegen die Berufsverbote protestieren, um den Massen ihre verräterische Politik besser verkaufen zu können, zeigt, wie groß die Unruhe bereits ist. Während die SPD diese Unruhe durch Demagogie und zynische Lügen zu dämpfen versucht, war für die CDU der Anlaß gegeben, in offen faschistischer Manier über eine „umfassende, international abgestimmte Aktion", um eine „antideutsche Stimmung in Europa zu erzeugen", zu hetzen.

Die von den westdeutschen Imperialisten jahrelang gehegte und gepflegte „demokratische Tünche" wird immer dünner, und immer deutlicher kommt die braune Farbe der Vergangenheit zum Vorschein.

Auch die Demogagie der SPD wird nicht verhindern können, daß immer mehr Menschen erkennen, daß die Fahne, die sie schwingt, schon reichlich zerschlissen ist.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,--1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Korrespondenzen aus der DDR

Der Palast der Republik ein Haus des Volkes?

Vor einiger Zeit wurde in Ostberlin der Palast der Republik eröffnet. Schon lange Zeit vorher haben die Revis in ihren Zeitungen einen ganz unheimlichen Wirbel um diesen Bau gemacht. Bauarbeiter aus dem ganzen Land wurden von ihren Baustellen abgezogen, um am Palast zu arbeiten. Die Löhne waren dann hier auch entsprechend. Es gab monatlich Sonderprämien bis zu 1 000 M. Baumaterialien wurden samt und sonders vorrangig auf den Berliner Marx-Engels-Platz geliefert. Viele andere Bauvorhaben überall im Land mußten deswegen verschoben oder gar ganz vom Plan gestrichen werden. Geplant hatte man für diesen Bau ca. 3/4 Mrd., die wirklich entstandenen Kosten haben aber die Milliardengrenze weit überschritten.

Nichts war den neuen Herren zu teuer, um vor dem Volk und der Welt zu protzen. Der Bau soll die Macht und den Reichtum der neuen Bourgeoisie der DDR demonstrieren und dementsprechend strotzt er auch nur so vor Pomp und Luxus. Die sonst so knappen Devisen wurden ausgegeben, um Baumaterialien und Dinge für die Innenausstattung aus westlichen Ländern beziehen zu können. Im großen Foyer sind Wände, Fußböden und Säulen aus Marmor. Tausende von Lampen beleuchten diesen Raum auch tagsüber. (Die dafür verschwendete Energie hätte man lieber nutzen sollen, um in den Gebieten weit außerhalb des Zentrums die Straßen vernünftig zu beleuchten). In allen Etagen liegen dicke Teppiche aus, jede Etage in einer anderen Farbe. Überall stehen breite Ledersesselgarnituren herum, sogar auf manchen Toiletten. Der große Saal ist mit allen erdenklichen Raffinessen ausgestattet. Die Restaurants und Cafes sind luxeriös eingerichtet.

Was ist aber nun die Kehrseite der Medaille? Das Wohnungsproblem ist weder in Berlin noch in der übrigen DDR gelöst. Vor ein paar Jahren hatte Honeckker bereits versprochen, dieses Problem bis 1980 zu lösen. Wegen anderer „wichtigerer" Bauten mußte dieses Vorhaben allerdings um weitere 10 Jahre auf 1990 verschoben werden. Wie prekär die Situation aber gerade auf diesem Gebiet ist, mögen die folgenden Beispiele verdeutlichen. Junge Ehepaare müssen oft getrennt bei ihren Eltern leben, weil sie keine Wohnung bekommen, geschiedene Leute bewohnen nicht selten noch gemeinsame Zimmer. Oft leben 3 - 4 Personen in 1 oder 1 1/2 Zimmerwohnungen. Die Häuser in bestimmten Gebieten sind in sehr schlechtem Zustand. Wohnungen ohne Bad, Toiletten eine halbe Treppe tiefer von 3 - 4 Parteien benutzt, sind keine Seltenheit. Auf eine neue, halbwegs angemessene Wohnung wartet man 5 - 10 Jahre. Auch die neu errichteten Wohnungen lassen in vieler Hinsicht zu wünschen übrig. Man gibt sich hierbei weit weniger Mühe als beim Palastbau. Auf den Wohnungsämtern kommt es oft zu den heftigsten Szenen, außerdem ist die Bestechung der Beamten hier auf der Tagesordnung. So stellen sich die Probleme für die Arbeiter und Werktätigen. Die Vertreter der neuen Bourgeoisie bewohnen selbstverständlich Häuser in den schönsten Gegenden. Ausserdem besitzen sie Wochenendhäuser und Datschen. Manch ein Arbeiter wäre froh, wenn er solch ein „bescheidenes" Wochenendhäuschen als Wohnung hätte. Außerdem fehlt es überall in der DDR an Schulen, Kindergärten und Kinderkrippen, Krankenhäusern und Altersheimen. Das sind einige Beispiele, die neben dem Wohnungsbau Vorhaben darstellen, an denen das werktätige Volk der DDR wirklich interessiert wäre.

Aber eine Diskussion über den Palast hat es nie gegeben, weder in der Presse noch in den Parteiorganisationen, weder vor noch während des Baus. Man hat das Volk nicht gefragt, ob es diesen Palast haben will oder nicht, ob andere Bauten nicht vielleicht notwendiger gewesen wären. Es wurden vorher keine Unterlagen veröffentlicht an Hand derer man das Für und Wider hätte abwägen können. Genausowenig hat man das Volk gefragt, wie es sich diesen Palast vorstellt, welchen Zweck er haben soll, welche Funktionen er erfüllen soll. Nun, wenn die Herren entscheiden, ist die Meinung des Volkes ja nicht so wichtig; die SED wird schon wissen, was für die Arbeiter gut ist. Die Demokratie für die breite Masse wird von der neuen Bourgeoisie der DDR schon lange mit Füßen getreten. Sie übt in dieser, wie in allen anderen Fragen eine uneingeschränkte Diktatur aus.

Jetzt, wo der Palast fertig ist, sind die Zeitungen voll des Lobes. Die Superlative kennen keine Grenzen. Die geteilte Meinung, die unter den werktätigen Massen darüber herrscht, wird selbstverständlich nicht wiedergegeben. Wird denn dieser Palast nun hauptsächlich vom breiten werktätigen Volk genutzt? Cafes und Restaurants sind besonders luxeriös und haben auch die entsprechende Preisstufe (viele davon Preisklasse „S"). Daß es vorwiegend die Leute mit den „besseren Gehältern" sind, die sich hier aufhalten werden, kann man sich leicht vorstellen. Auch die bürgerlich entartete Kunst in der DDR ist schon längst zum Privileg der herrschenden und mittleren Schichten geworden. Diese Leute werden es sein, die die Konzert- und Theaterräume des Palastes hauptsächlich füllen, eine Situation wie man sie an anderen Theatern des Landes schon lange beobachten kann. In der Galerie des Palastes hängen Bilder von führenden Malern der DDR. Mit sozialistischem Realismus haben sie allerdings nicht das Geringste zu tun. So kann man beobachten, wie die meisten Besucher den Bildern verständnislos gegenüberstehen. Sie stellen für sie eine fremde und unrealistische Welt dar. Die ganze Atmosphäre mit ihrem spätbürgerlichen Pomp und Luxus ist nicht die, in der sich die breiten werktätigen Massen zu Hause fühlen.

Genausowenig wie man über den Palast diskutiert hat, genausowenig stellt man jemals prinzipielle Fragen darüber, wie eine sozialistische Baupolitik aussehen sollte. Wie entwickelt sich im Sozialismus das Verhältnis von Stadt und Land, welche Bedeutung hat eine sozialistische Hauptstadt, wie setzt man die Primate, was ist am wichtigsten zu entwikkeln?

Die Baupolitik der SED sieht vor, Berlin zu einer „sozialistischen" Metropole zu entwickeln und bestimmt, daß Berlin den Vorrang hat. Das heißt, man setzt das Zentrum voller Repräsentationsgebäude aller Art, man baut teure Bars, Hotels, Restaurants, Apartments und Wohnungen, die kein durchschnittlicher Arbeiter bezahlen kann. Exquisit- und Spezialitätenläden häufen sich. Dort findet man all solche Dinge, die man außerhalb des Zentrums niemals sieht und in der Provinz vielleicht nicht einmal kennt. Man protzt, man gibt an, das Zentrum ist für Ausländer, Touristen und für die „Bessergestellten" in der DDR, nicht aber für die einfachen Arbeiter, Werktätigen und Bauern. In den Berliner Industriebezirken, dort wo die Arbeiter täglich leben, ist alles weit weniger schön. Noch größere Unterschiede werden sichtbar, wenn man in Kleinstädte und Dörfer fährt. Der für alle kapitalistischen Länder typische Widerspruch zwischen Stadt und Land verschärft sich auch in dieser Beziehung in der DDR immer mehr.

Eindrücke von der Maifeier in Ostberlin

Ein sozialfaschistischer Maskenball

In den sozialistischen Ländern feiern die Arbeiterklasse und die Werktätigen den 1. Mai in dem Bewußtsein, daß sie mit Ausbeutung und Unterdrückung Schluß gemacht haben. Sie wissen, daß sie die Herren im Lande sind. Beim Aufbau des Sozialismus haben sie für das Volk riesige, im kapitalistischen System undenkbare Errungenschaften erzielt. An der Spitze des Staates stehen ihre Führer, ihre besten Vertreter, die stets den Marxismus-Leninismus und die Sache der Arbeiterklasse verteidigt haben. Man kann sich gut vorstellen, wie auf dieser Grundlage gerade am 1. Mai unter den Massen Freude und Begeisterung herrschen. Als die DDR noch ein sozialistischer Staat war, gingen auch hier am 1. Mai die besten Kräfte der Arbeiterklasse mit Stolz und Freude zur Demonstration. Ihr berechtigter Stolz galt der Tatsache, daß in diesem Teil Deutschlands ein Arbeiter- und Bauernstaat errichtet worden war, daß große fortschrittliche Umwälzungen stattgefunden hatten, daß alte Ziele der deutschen Arbeiterklasse hier verwirklicht wurden und eine Grundlage für ein künftiges sozialistisches Deutschland geschaffen war.

Aber in der DDR wurde wie in der Sowjetunion die Macht der Arbeiterklasse wieder gestürzt, verwandelten die Revisionisten die Diktatur des Proletariats in eine bürgerliche, faschistische Diktatur einer neuen Bourgeoisie und der Kapitalismus wurde restauriert. In der letzten Zeit nach dem 8. Parteitag, seitdem Ulbricht abgesetzt wurde und Honecker seinen Posten einnahm, ist die bürgerliche, revisionistische Entartung noch weiter vorangeschritten, haben sich die Gegensätze zwischen der neuen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse stark verschärft. All das, was in den 60er Jahren noch durch die Spuren und Traditionen einer besseren Vergangenheit verdeckt wurde, all das, was damals nur in Keimform vorhanden war, tritt jetzt offen an den Tag. Die diesjährige Demonstration zum 1. Mai war, in Ostberlin wie in anderen Orten, ein getreues Spiegelbild der gegenwärtigen Situation in der DDR.

Sie bot ein Spiegelbild der vollständigen, restlosen Entartung, des ideologisch-moralischen Verfalls der ehemals sozialistischen DDR. Sie macht deutlich, daß der Staat in der DDR heute ein Polizeistaat in den Händen der führenden revisionistischen Clique und der neuen Bourgeoisie ist, daß heute in der DDR ein volksfeindliches Regime mit faschistischen Zügen herrscht, in dem die Arbeiter und Werktätigen nicht ihren Willen zum Ausdruck bringen können, in dem ihre Meinung ein Dreck wert ist. Diese Demonstration lehrt auch, daß sich die Gegensätze bereits zuspitzen, daß breite Massen das revisionistisch-bürgerliche System bereits satt haben. Die Unzufriedenheit wächst und am Horizont beginnt sich eine politische Krise abzuzeichnen. Sie zeigt, welch tiefe Kluft bereits zwischen den Massen und der revisionistischen Führung besteht, wie sehr die politisch-moralischen Reserven der Revisionisten bereits erschöpft sind, wie sehr der Revisionismus an Einfluß verloren hat und ständig verliert.

Um dies zu verdeutlichen, wollen wir den revisionistischen Rummel um den 1. Mai und seine „Wirkung" auf die Massen schildern. Obwohl die Teilnahme an der Demonstration von Betriebsparteiorganisationen der SED und Gewerkschaft eifrig propagiert wurde, obwohl das sogar unter der Rubrik „gesellschaftliche Arbeit" Einfluß auf die Jahresprämie hat, gingen in vielen Betrieben und Staatseinrichtungen wie Ministerien, Hochschulen, kulturelle Institutionen usw. weniger als 50 % der Werktätigen zur Demonstration. Wenn man Bekannte fragte, sagten sie unmißverständlich, daß sie keine Lust hätten, zur Demonstration zu gehen, lieber zu Hause bleiben oder einen Familienausflug machen würden. Überall in den Geschäften, in der Bahn und anderswo konnte man Bemerkungen aufschnappen, die die ganze Ablehnung und Unlust gegenüber dem revisionistischen „Umzug" zum 1. Mai verrieten.

Auf der Demonstration selbst herrschte eine eisige, graue und traurige Atmosphäre. Schaute man sich um, so sah man lauter leere, müde und ausdruckslose Gesichter. Die Leute bewegten sich in stumpfem Trott, als ungeordnete Masse, ohne den geringsten Schwung. Keine Spur von selbständiger Formierung zu einem wirklichen Demonstrationszug. Überall ein Riesenaufgebot an Polizei, um die „Demonstranten" auf dem richtigen Weg zu halten. Nichts vollzog sich von selbst, aus eigenem Antrieb, alles wurde von A bis Z dirigiert. Wenn die Leute die vorgeschriebene „Ordnung" irgendwie verletzten, gab es nicht selten einen Anschnauzer von den Polizisten. Weder Gesang noch eigene Plakate gab es. Die Revisionististen, die genau wissen, was los ist, sorgten vor. Sie lassen in großen Mengen Plakate, Fähnchen und anderes „Wink- und Jubelmaterial" herstellen, das dann den Leuten in die Hand gedrückt wird. Um die Atmosphäre zu übertünchen, gab es alte Arbeiterkampflieder und „flotte Marschmusik" aus den Lautsprechern. Zur „Auflockerung" ertönten diesmal sogar Spießerliedchen von der Art „Adelheid, schenk mit einen Gartenzwerg".

Ein Sprecher stimmte mit verlogenem Pathos Hochrufe auf dies und jenes an. Er fand überhaupt keine Resonanz, so sehr er sich auch anstrengte, die Leute zu Hochrufen zu animieren. Auf der Balustrade des neu erbauten „Palastes der Republik" thronte die revisionistische Spitze, die mit eingefrorenem, stundenlangem Lächeln, mitunter halb abgewandt den Massen „zuwinkten". Wenige winkten zurück. Waren die „Demonstranten" daran vorbei, gingen sie auf schnellstem Wege zur S-Bahn, wo es zu fürchterlichem Geschiebe und Gedränge kam. Für den Nachmittag hatten die Revisionisten das übliche „Volks"fest organisiert, mit Popgruppen, Bier, Würstchenbuden, all das billig, geschmacklos und ordinär.

SED-Beschlüsse

Verbesserungen für die Werktätigen?

In einem gemeinsamen Beschluß des Zentrakomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR verkündete die neue Bourgeoisie der DDR großspurig Maßnahmen über die „weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen" der Werktätigen der DDR. Sie verspricht, daß sich „unser aller Leben schöner und inhaltsreicher gestalten" wird. „Schöner und inhaltsreicher", ja, aber nur für die neue Bourgeoisie der DDR. Für die Werktätigen heißt es dagegen, doppelt und dreifach für den Profit der neuen Ausbeuter zu schuften. Das ist die Quintessenz der angeblichen Verbesserungen.

Der Beschluß enthält vier Bestandteile: 1. Erhöhung der Mindestlöhne und andere lohnpolitische Maßnahmen; 2. Erhöhung der Mindestrenten; 3. Maßnahmen zur Förderung berufstätiger Mütter; 4. schrittweise Einführung der 40-Stundenwoche. Alle diese Maßnahmen sollen offensichtlich die wachsende Unzufriedenheit der Werktätigen der DDR besänftigen. Diese zeigte sich schon in der Vorbereitung des IX. Parteitages der SED, z. B. in der Zahl der Anträge, die die Einführung der 40-Stundenwoche forderten, in dem teilweise offenen Mißmut, mit dem sich Werktätige der DDR gegenüber westlichen Journalisten über die möglichen Ergebnisse des Parteitages äußerten usw. Nicht zuletzt hat die Honecker-Clique auch das Beispiel Polen vor Augen und die Proteste in der Sowjetunion. Mager genug bleiben die „Verbesserungen" trotzdem. Eine Mindestrente von 230 (früher 200) Mark bzw. 300 (früher 240) Mark als „Verbesserung" zu bezeichnen, ist reiner Zynismus. Und wenn man weiß, daß der Durchschnittsverdienst der Arbeiter in den Industriebetrieben der DDR schon heute zwischen 600 und 800 Mark liegt, dann ist auch die Anhebung des Mindestlohns von 350 auf 400 Mark ein Hohn.

In der Tat sind denn auch alle diese Maßnahmen nur Köder, mit denen Honecker und Co. ihr Programm der verschärften Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen durchsetzen wollen. Getrieben von ihrer maßlosen Profitgier, wie es ihrer kapitalistischen Natur entspricht und in die Zange genommen von ihren Moskauer Oberherren, die die DDR immer stärker ausplündern, verkündeten die SED-Bonzen auf dem IX. Parteitag den Werktätigen der DDR: Intensivierung der Produktion, Steigerung der Arbeitsproduktivität sei das Gebot der Stunde. **Im Klartext heißt das, die Werktätigen der DDR sollen für den Profit der neuen Bourgeoisie der DDR und der russischen Sozialimperialisten noch mehr als bisher schuften.** Die jetzt gefaßten Beschlüsse sind die Konkretisierung dieses Ausbeutungsprogramms. Besonders deutlich wird das am Beispiel der lohnpolitischen Maßnahmen, dem Kernstück der neuen Beschlüsse. Dort wird das Versprechen, für 1,5 Millionen Produktionsarbeiter neue Grundlöhne festzulegen, ausdrücklich in Zusammenhang mit der „wissenschaftlichen Arbeitsorganisation" gebracht, die die Grundlagen für die Festlegung der neuen Löhne liefern soll. Diese sogenannte „wissenschaftliche Arbeitsorganisation", ist uns, wenn auch unter anderem Namen allerdings bestens bekannt. Sie bedeutet nichts anderes, als die Einführung der kapitalistischen Akkordschinderei in breitem Maßstab. So hat die neue Bourgeoisie schon oft das aus der Sowjetunion übernommene „Schtschekinosystem" als Musterbeispiel „wissenschaftlicher Arbeitsorganisation" gepriesen. Ein System, dessen ganze Wissenschaftlichkeit darin besteht, die Kunst der Schweißauspressung der Arbeiter bis ins Letzte zu vervollkommnen und zu verfeinern. Dabei wird die Höhe der Norm (Akkordvorgabe) anhand von Messungen und Filmen der Bewegungsabläufe besonders ausgesuchter Arbeiter festgelegt. Klar, daß die Arbeiter selbst dabei nichts zu sagen haben, dafür gibt es Spezialisten, die die Methoden der Schweißauspressung genauestens studiert haben. Für die Arbeiter heißt das im Endeffekt, schneller und härter arbeiten zu müssen, während, wie wir es vom Akkordsystem her kennen, der Lohn vorne und hinten nicht reicht. Es ist schon ein unglaublicher Zynismus, wenn es dann in dem Beschluß heißt: „Damit werden die Arbeiter durch höhere Löhne wirksamer an wachsenden Leistungen zur Vertiefung der Intensivierung interessiert."

Ähnlich verhält es sich mit der schrittweisen Einführung der 40-Stundenwoche, die zudem für alle 2-Schichten-Arbeiter eine 42-Stundenwoche ist. Die Einführung der 40-Stundenwoche ist unmittelbar mit dem Dreischichtensystem und seiner Ausweitung verbunden. Das Dreischichtensystem erlaubt die rentablere Ausnutzung der Produktionsanlagen, es steigert die Arbeitsproduktivität erheblich. Unter kapitalistischen Verhältnissen, wie in der DDR, und in Verbindung mit den „wissenschaftlichen Löhnen", ist es unmenschlich. Das zeigen die Verhältnisse in der Bundesrepublik in aller Deutlichkeit. Zugleich soll die 40-Stundenwoche den erheblichen Unmut der Arbeiter der DDR über die verstärkte Einführung des Dreischichtensystem besänftigen.

Mag die Honecker-Clique die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse mit noch so wohlklingenden Phrasen zu vertuschen versuchen, die Tatsachen lassen sich auf die Dauer nicht verbergen. Die gesteigerte Ausbeutung wird unweigerlich den wachsenden Widerstand der Arbeiter hervorrufen, um sich von der Ausbeutung und Unterdrückung durch die neue Bourgeoisie zu befreien.

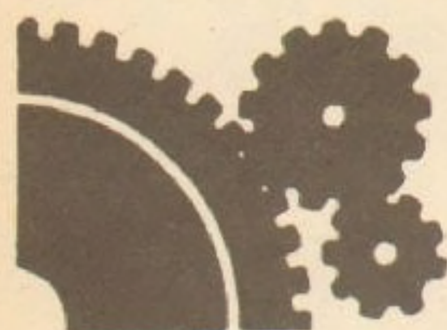
Das Volk der Sowjetunion wehrt sich

Fortsetzung von Seite 2

Doch die Werktätigen in der Sowjetunion sind nicht blind. Die faschistische Clique im Kreml sieht sich einem ständig wachsenden Zorn der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegenüber. Besonders im Süden der Sowjetunion, in den ganzen nichtrussischen Republiken, wo die wachsende Not der Massen zusammengeht mit einer faschistischen nationalen Unterdrückung, machte sich dieser Zorn in großen und kleinen Aktionen Luft. In Kiew versammelten sich Werktätige zu einer öffentlichen Kundgebung vor leeren Geschäften, ähnliche Aktionen fanden in anderen Städten statt. Gleichzeitig protestierten sie gegen den Schwarzmarkt, wo sie für teures Geld betrogen werden. Bei diesen Kundgebungen gingen die Auslagen in den Geschäften zu Bruch. In Riga, der Hauptstadt Lettlands, streikten die Docker gegen die schlechte Versorgung und gegen die Spekulation. In mehreren Fabriken kam es zu Streiks wegen der Knappheit an Fleisch und Gemüse.

Sicher sind diese Kämpfe nur ein Teil von den Aktionen, mit denen sich die Werktätigen der Sowjetunion gegen Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzen. Sie zeigen, daß auch in der UdSSR der Klassenkampf anwächst und auf die Dauer weder durch die heuchlerischen Reden der Neuen Kremlzaren noch durch den Terror der Polizei unterdrückt werden kann.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Chemietarifrunde: Kollegen fordern 180.-DM für alle

Liebe Genossen!

In der Chemie, Bezirk Nordmark, wird noch mit der Bekanntgabe eines neuen Lohnraubabschlusses gewartet, obwohl so gut wie fest steht, daß er, wie bereits in anderen Bezirken, mit 5,85% ausfallen wird. An einem Beispiel aus meinem Betrieb will ich Euch berichten, wie groß bereits unter den Kollegen die Opposition gegen den DGB-Apparat angewachsen ist.

Letztes Jahr noch war es dem IG-Chemie-Apparat gelungen, die Kollegen mit einem Geheimabschluß zu überrumpeln. Diskussionen oder Vertrauensleute-Versammlungen über Lohnforderungen waren unterdrückt worden. Die Empörung über dieses schon faschistische Vorgehen der IG Chemie war sehr groß. Deshalb war dieser Apparat dieses Jahr auch gezwungen, sich „demokratisch" zu geben.

Bei uns wurde eine Vertrauensleute-Versammlung angesetzt, auf der die V-Leute über die Forderung der IG Chemie abstimmen sollten. In einer Abteilung des Betriebes setzten sich die Kollegen vorher zusammen, um über ihre eigene Lage und die entsprechende Lohnforderung zu sprechen. Sie kümmerten sich einen Dreck um die „wirtschaftliche Lage des Betriebs". Sie hatten noch den Lohnraubabschluß vom letzten Jahr vor Augen und die große Verteuerung ihres Lebens. Erst wollten einige Kollegen 10%, andere 15% mehr Lohn fordern. Dann einigten sich alle auf einen Festbetrag von 180 DM mehr für alle. **Das Entscheidende daran – so sagten die Kollegen selbst – war aber nicht die Höhe (ob 180 oder 200 oder 250 DM), sondern ihr Entschluß, mit ihrer Forderung auf jeden Fall der IG Chemie eins auszuwischen.** Die Funktionäre sollten ins Rotieren kommen.

So machten sich diese Kollegen eine Liste, die sofort von allen unterschrieben wurde. Ihre beiden V-Leute wurden beauftragt, diese Forderung auf der Versammlung vorzutragen. Dazu machten sie ihnen Mut: „Laßt Euch nicht unterkriegen. Zeigt's ihnen, wenn die Bonzen zu toben anfangen." Die Kollegen wußten ganz genau, daß ihre Forderung beim Betriebsrat und sonstigen Typen wie eine Bombe einschlagen würde.

Und so kam es auch. Die Betriebsräte liefen vor Wut rot an. Eine wüste Hetze gegen diese „unrealistische" und „chaotische" Forderung wurde gestartet. Denn ihr ganzer Plan, ihre schon beschlossene Lohnforderung von 5% plus 50 DM auf die Schnelle im Vertrauensleutekörper beschließen zu lassen, ging voll in die Hose. Erst nach zweieinhalb Stunden zum Teil heftiger Diskussionen gelang es den Bonzen, eine Mehrheit für ihre Forderung zu bekommen.

Die Aktion dieser Abteilung sprach sich sofort im ganzen Betrieb herum. Kollegen aus anderen Abteilungen meinten z. B., diese Liste mit den 180 DM mehr für alle hätte man im ganzen Betrieb kreisen lassen sollen.

Genossen, ihr glaubt nicht, wie sehr das Selbstbewußtsein und der Zusammenschluß der Kollegen durch diesen „kleinen" Kampf gewachsen ist.

Rot Front, ein Hamburger Genosse

ANMERKUNG DER REDAKTION

Kurz nachdem der Hamburger Genosse diese Korrespondenz abgeschickt hatte, wurde im Bezirk Nordmark die Tarifrunde mit der Bekanntgabe des 5,85%-Lohnraubabschlusses beendet.

Die Redaktion

"Bist Du der Neue?"

Ich möchte Euch schildern, wie es mir erging, als ich vor kurzem in einem Großbetrieb hier Arbeit fand. Ich wurde eingestellt und auf dem Weg nach draussen von einem kugelrunden Mann in Privatklamotten angesprochen. „Bist Du der Neue? Eins will ich Dir sagen: Bei uns wird nicht gebummelt, hier mußt Du'n Schlag reinhauen, sonst schmeißen wir Dich raus". Ich wußte zuerst gar nicht, was ich sagen sollte, aber als er sich dann noch als der hiesige Betriebsratsvorsitzende vorstellte, wußte ich gleich, woher der Wind wehte.

Einige Tage später wurde ich durch einen anderen „Kollegen" angelernt. Eines Tages wurde die Betriebszeitung der Partei vor dem Tor verteilt, und der „Kollege" kam damit zu mir und meinte beiläufig: „Na, da wollen wir mal sehen, was die wieder schreiben." Ich merkte irgendwie, daß er mich als „Neuen" auf meine politische Gesinnung testen wollte und tat so, als hätte ich keine Ahnung. So erzählte er mir aus freien Stücken, daß das die Betriebszeitung der KPD/ML wäre, die wären für China und die gewaltsame Revolution und hätten mit der D„K"P nichts zu tun. Nebenbei erwähnte er, daß er auch im Betriebsrat sitzt, und daß ihnen „diese Kommunisten" vor kurzer Zeit auf einer Betriebsversammlung ganz schönen Ärger gemacht hätten. Dann sagte er noch überzeugt und stolz: „Wir haben sie aber alle rausgeschmissen."

Ich mußte mich wirklich beherrschen, um ihm nicht erst eine runterzuhauen und dann zu lachen. Dieser Einfaltspinsel glaubte tatsächlich, die Partei gäbe es nicht im Betrieb – wo ich im selben Moment Genossen sah, die am arbeiten waren.

Dieses Beispiel hat mir gezeigt, daß die Linie der Partei zum imperialistischen DGB-Apparat völlig korrekt ist, daß man mit diesen Leuten in keiner Frage zusammengehen kann. Dieser Apparat ist ein Teil des Systems und kann nur durch die sozialistische Revolution zerschlagen werden.

Rotfront!
Ein Kieler Genosse

Meldungen aus den Betrieben

HEIZUNGSMONTEURE IM STREIK

Seit Dienstag, den 1. Juni, stehen die Heizungsmonteure im Bezirk Nordmark im Streik für eine Tariferhöhung. Die Forderung, die die IG-Metall aufstellt, beträgt 8 %. Das Angebot der Unternehmer, das sich zuerst auf 5,2 % belief, wurde inzwischen, wie uns gemeldet wird, auf 7,7 % erhöht. Dem Streik ging nach gescheiterten Tarifverhandlungen eine Urabstimmung voraus, an der sich 91 % der organisierten Kollegen beteiligten, von denen 87,5 % für Streik stimmten. In Rendsburg haben von 105 organisierten Kollegen 104 an der Urabstimmung teilgenommen, wovon alle bis auf einen einzigen für den Streik stimmten. Trotz dieser hervorragenden Kampfbereitschaft der Heizungsmonteure hat die IG-Metall, die den Streik offensichtlich unter Kontrolle hat, die Taktik des Schwerpunktstreiks eingeschlagen, was ein klarer Ausdruck dafür ist, daß die Bonzen des Gewerkschaftsapparates im Dienste der Kapitalisten dem Streik die Wucht und die scharfe Spitze zu nehmen versuchen. Aber auch der Druckerstreik begann ja damit, daß der Gewerkschaftsapparat mit der Taktik der „Schwerpunktstreiks" die Kampffront zu schwächen versuchte. Später wurden die Bonzen jedoch aufgrund der machtvollen Kampfbewegung der Druckereiarbeiter gezwungen, für einen Vollstreik grünes Licht zu geben.

Bei Redaktionsschluß wurde uns gemeldet, daß in neun Betrieben in Hamburg, Kiel, Rendsburg und Flensburg gestreikt wird. Von dem Arbeitskampf betroffen sind 1 200 Beschäftigte. Davon sind 700 in der IG-Metall organisiert. Für die Heizungsmonteure ist es jetzt wichtig, eine geschlossene Front der organisierten und unorganisierten Kollegen aufzubauen, die auch gegen die Streikbruchtaktik der IGM-Bonzen gerichtet ist. Es ist notwendig dafür zu kämpfen, daß der Streik, unabhängig vom Willen der Gewerkschaftsbonzen, möglichst auf alle Betriebe ausgedehnt wird.

"Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand"

Manöver, um Illusionen zu wecken

Wenige Wochen nach dem Druckerstreik veranstalten jetzt die Vertreter der Kapitalistenverbände, der Regierung und des DGB-Apparates ein großes Tamtam um die sogenannte „Vermögensbildung". Daß sie gerade den jetzigen Zeitpunkt dafür ausgesucht haben, ist offensichtlich ein Versuch, die Arbeiter vom Kampf gegen den Lohnraub abzulenken. Der große Streik der Druckereiarbeiter hat der ganzen Arbeiterklasse einen starken Impuls und ihrer Kampffront gegen Lohnraub, Rationalisierung und Entlassungen neuen Auftrieb gegeben. Das marktschreierische Trommeln um die „Vermögensbildung" zeigt: Die Kapitalisten und die Bonzen des Gewerkschaftsapparates haben Angst vor einem neuen Aufschwung der Kämpfe in den Betrieben.

In diesem Zusammenhang ließ der bisherige Vorsitzende des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie" (BDI), H.G. Sohl, frech und unverfroren seine Hetztiraden gegen die Arbeiterklasse vom Stapel: die „weltweite Wirtschaftskrise" sei das Ergebnis der „überzogenen Lohnforderungen" der Arbeiterschaft in der Vergangenheit. Multimillionär Sohl besaß sogar die unerhörte Unverschämtheit, vor einer „Hexenjagd auf Preiserhöhungen" zu „warnen": im Gegensatz zu Lohnerhöhungen hätten Preiserhöhungen keine schädliche Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung, tönte er. Gleichzeitig machte sich Sohl dafür stark, daß anstelle von Lohnerhöhungen besser die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand fortentwickelt" werden solle.

Welchen Grund haben Vertreter der Monopolbourgeoisie wie z.B. Sohl, wenn sie uns die Segnung der „Vermögensbildung" anpreisen? Was steckt dahinter? Wie erklärt es sich, daß solchen erklärten Verteidigern der kapitalistischen Ausbeuterordnung so viel an der Vermögensbildung gelegen ist,

Sie wollen dem Besitzlosen, der gezwungen ist, Tag für Tag, Jahr für Jahr seine Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen, für ihren Profit zu schuften, dem Proletarier, der nie aus der Armut herauskommt, der von Verelendung, von Angst um die weitere Existenz seiner Familie von Arbeitslosigkeit bedroht ist, die Illusion und falsche Hoffnung einimpfen, daß er es innerhalb dieses kapitalistischen Systems „zu etwas bringen" kann. Sie wollen die Ideologie vom „Volkskapitalismus" verbreiten, der „jedem an den Reichtümern der Gesellschaft einen Anteil gewährt, wenn er nur fleißig und sparsam ist." Mit einem Wort: die Bourgeoisie will die Arbeiter zur Klassenversöhnung bewegen, will sie im Geist der Kapitulation und Hinnahme des Ausbeuterjochs erziehen.

Aber was ist das denn für ein „Vermögen", das da in langen Jahren zusammenkommt (falls es dem Arbeiter nicht auch noch eines Tages durch die Inflation oder die Willkür der Regierung gestohlen wird)? Ein paar tausend Mark. Für einen Monopolkapitalisten, wie Sohl, ist es noch nicht einmal ein „besseres Trinkgeld". Und für den Arbeiter ändert es nichts an seiner Lage als ausgebeuteter und geknechteter Proletarier, der sich an Sohl und seinesgleichen verdingen muß und dessen Existenz davon abhängt, ob man aus seiner Arbeit Höchstprofite herausholen kann; wenn nicht, wird er eben wegrationalisiert. Deshalb kann die Vermögensbildung den Charakter des Kapitalismus und die Tatsache, daß die Arbeiterklasse nur durch die sozialistische Revolution ihre Lage ändern kann, auf längere Sicht nicht verschleiern. Die Arbeiterklasse wird sich mit Sicherheit eines Tages zum bewaffneten Sturz dieses Ausbeutersystems erheben, um sich für immer von den Ketten der Lohnsklaverei zu befreien.

Vetter, Loderer und die anderen Bonzen des DGB-Apparates denken nicht daran, die reaktionäre „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" abzulehnen. Im Gegenteil: auch sie wollen den Arbeiter an den Kapitalismus ketten. Die größeren DGB-Bonzen sind schließlich samt und sonders selbst Kapitalisten. Und die Erziehung der Arbeiter im Geist der Klassenversöhnung betreiben sie berufsmäßig. Wenn sie trotzdem ein eigenes Konzept der „Vermögensbildung" als „Alternativlösung" gegen die Pläne von Sohl und vom Bonner Wirtschaftsministerium auftischen, dann haben sie dafür Gründe. Sie haben ihrem Modell den klingenden Namen „Kollektive Vermögensbildung" gegeben. Worin besteht denn nun das „Kollektive" in dieser „Vermögensbildungskonzeption"? Darin, daß die Gelder in einen „Vermögensbildungsfonds" fließen, der vom DGB-Apparat verwaltet wird. Den Bonzen geht es also darum, die Vermögensbildung in ihrem eigenen Interesse einzusetzen. Das ist der einzige Grund dafür, daß sie den Modellen der Monopolkapitalisten und der Regierung ihre „Alternativlösung" entgegenstellen. Ist aber für die Arbeiter diese sogenannte „kollektive Vermögensbildung" in irgendeiner Weise besser oder vorteilhafter? Das Gegenteil ist der Fall!

In den Händen des DGB-Apparates sind diese Gelder, außer daß sie ein Kapital darstellen, mit dem er Profite machen (also Arbeiter ausbeuten) kann, auch ein Machtmittel, das ihm zusätzliche Möglichkeiten in die Hand gibt, die Arbeiter in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen, sie unter Druck zu setzen und den breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder seine reaktionären Machenschaften aufzuzwingen oder von der „Mitbestimmung" durch Betriebsräte bei der Vergabe von Werkswohnungen usw. Der DGB-Apparat nutzt alle seine Einflußmöglichkeiten immer dazu aus, die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu sabotieren, sie von innen heraus zu untergraben und abzuwürgen. Mit der sogenannten „kollektiven Vermögensbildung" will er sich einen weiteren Hebel für dieses schmutzige Geschäft schaffen. Deshalb ist sie noch schädlicher für die Arbeiterklasse, als die bekannten Formen der „Vermögensbildung" und muß konsequent abgelehnt werden.

Erwitte

Seibels brutaler Erpressungsversuch

Die Arbeiter der Zementfabrik Seibel & Söhne in Erwitte stehen erneut im Kampf gegen skrupellose Angriffe des Kapitalisten Seibel. Mitte April dieses Jahres war im längsten Arbeitskampf der deutschen Nachkriegsgeschichte bei der Einigungsstelle Arnsberg zwischen der IG-Chemie und Seibel ein Vertrag geschlossen worden, in welchem sich Seibel dazu bereit erklärt hatte, alle entlassenen Belegschaftsmitglieder (er hatte alle Arbeiter fristlos entlassen) nach einem festgelegten Stufenplan „weiterzubeschäftigen".

Die Formulierung „weiterbeschäftigen" beinhaltet einen Kompromiß, auf den sich der Gewerkschaftsapparat einließ und der besagt, daß die wiedereinzustellenden Arbeiter juristisch nicht als entlassen gelten, d.h. Anspruch auf entsprechende Rechte haben (z.B. Kündigungsfrist, entsprechende Lohneinstufung u.ä.). Von 80 Belegschaftsmitgliedern, die Seibel anschrieb, haben fast alle erklärt, daß sie die Arbeit in der Zementfabrik wieder aufnehmen wollen.

Nun jedoch startete Seibel seinen neuerlichen Angriff: Am 14. Mai wurden 16 Belegschaftsmitglieder von Seibel zu einem „Gespräch" bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeiter „vorgeladen". Außer diesen 16 Männern gingen zu dem „Gespräch" noch der Betriebsratsvorsitzende und der zuständige Gewerkschaftssekretär der IG Chemie, die von der Sache erfahren hatten. Seibel sperrte diese beiden jedoch durch einen Trick aus, weil er dachte, daß er so möglicherweise leichteres Spiel bei den 16 Kollegen haben würde. Aber er hatte sich offensichtlich verrechnet. Er versuchte die Kollegen, die arbeitslos und teilweise schwerbeschädigt und daher in einer sehr schweren Lage sind, zu erpressen: Sie sollten eine Erklärung unterschreiben, in der sie auf alle Rechte, die sich aus dem in Arnsberg geschlossenen Vertrag ergeben, verzichten; andernfalls, so drohte Seibel, würden sie nicht wiedereingestellt. Aber nur fünf von den 16 Kollegen unterschrieben den Wisch. Und zwei von diesen fünf Kollegen haben bereits Klage gen Seibel eingereicht. Die 11 Kollegen, die nicht unterschrieben hatten, haben später Seibel ihre Arbeitskraft zu den im Vertrag festgelegten Bedingungen und gemäß dem Stufenplan ab 1. Juni angeboten. Seibel weigert sich jedoch, sie zu diesen Bedingungen einzustellen.

Es zeigt sich also, daß der Kampf in Erwitte immer noch nicht beendet ist. Die IG Chemie hat immer darauf hingearbeitet, die streikenden Kollegen dazu zu bewegen, ihr Schicksal den Arbeitsgerichten, den Organen des kapitalistischen Staates, in die Hände zu legen. Dem Vertrag bei der Einigungsstelle Arnsberg hat Seibel zugestimmt, weil er die Produktion aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung wieder aufnehmen wollte und zunächst keine andere Möglichkeit sah. Aber auf die Ausnutzung der schweren Lage der Arbeiter zu verzichten und nicht zu versuchen sie zu zwingen, sich besonders brutal ausbeuten zu lassen, das kann man von einem Kapitalisten nicht erwarten! Was Seibel mit plumpkriminellen Methoden macht, das machen die Großkonzerne mindestens genauso skrupellos, wenn nicht noch schlimmer, aber lautloser, „eleganter". Ihnen ist dabei die offene und versteckte Unterstützung sowohl der Staatsorgane, als auch des Gewerkschaftsapparates in noch direkterer und vollkommenerer Weise sicher, als dem kleineren Kapitalisten Seibel. Allerdings gibt es für die Arbeiter einen Weg, trotz aller dieser Feinde und Komplotte erfolgreich zu kämpfen und große Kampfkraft zu entfalten: sie müssen selbständig und in unversöhnlicher Weise gegen die Kapitalisten, den Staat und auch gegen den Bonzenapparat der Gewerkschaft kämpfen und sich einzig auf die mächtige Solidarität der werktätigen Massen stützen.

Der Glanz der grossen Kulturrevolution ist unauslöschlich

In diesem Jahr jährt sich zum zehnten Mal der Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der Volksrepublik China. Aus diesem Anlaß werden wir im ROTEN MORGEN in loser Folge Artikel über die großartige Bedeutung der großen Kulturrevolution und ihre Lehren veröffentlichen. Wir beginnen mit Auszügen aus einem Artikel der chinesischen Zeitung „Renmin Ribao", zum 10. Jahrestag des Rundschreibens des ZK der KP Chinas vom 19. Mai 1966. Dieses Rundschreiben, das unter der persönlichen Leitung des Vorsitzenden Mao Tsetung verfaßt wurde, war das Startsignal zur Großen Proletarischen Kulturrevolution und hat ihr den Weg zum Sieg gewiesen.

„Das Rundschreiben entstand im heftigen Kampf des proletarischen Kommandostabs mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze gegen das bürgerliche Hauptquartier mit Liu Schao-tschi als seinem Anführer. Es hat Liu Schao-tschis konterrevolutionäre revisionistische Linie gründlich kritisiert. (. . .)

Der Vorsitzende Mao stellte fest, daß **‚es ohne die Durchführung der Großen Proletarischen Kulturrevolution nicht geht'**. Diese große Revolution, die lange vorbereitet wurde, war das notwendige Ergebnis des scharfen Kampfes zwischen den zwei Klassen, zwei Wegen und zwei Linien. Jahrelang suchten der Renegat, versteckte Kollaborateur und Arbeiterverräter Liu Schao-tschi und seinesgleichen zügellos eine konterrevolutionäre revisionistische Linie durchzusetzen und gingen halsstarrig den kapitalistischen Weg. Sie faselten, die kapitalistische Ausbeutung hätte ‚ihre Verdienste'. Sie behaupteten, man müßte ‚die neudemokratische Ordnung festigen'. Sie hatten zahlreiche landwirtschaftliche Genossenschaften zur Auflösung gezwungen und versuchten, das ‚San Dsi Yi Bao' (die Erwerbung des Bodens für private Nutzung, Vermehrung der Kleinbetriebe usw. – RM) durchzupeitschen. Sie machten große Reklame für die reaktionären Filme. . . Sie arbeiteten also an allen Fronten mit aller Kraft gegen die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao. Eine Zeit lang hatte das bürgerliche Hauptquartier Liu Schao-tschis die Führungsmacht in der Partei, in der Kultur- und Propagandaarbeit sowie in vielen Lokalbehörden inne. In den ideologisch-kulturellen Sektoren, die von ihnen beherrscht waren, wucherten Kapitalismus und Revisionismus. Ungeheuer und Dämonen kamen in Scharen aus ihren Löchern und durchtränkten Presse, Rundfunk, Verlagswesen und verschiedene Literatur- und Kunstwerke mit ihrem verderblichen Gift. Die ernste Situation einer Diktatur der Bourgeoisie über das Proletariat entstand in manchen Bereichen des Überbaus. Liu Schao-tschi und Konsorten förderten auf jede erdenkliche Weise den materiellen Anreiz und befürworteten ‚Prämien haben Vorrang', womit sie die Massen auf den kapitalistischen Weg zu locken suchten. Die Führungsmacht in der beträchtlichen Mehrzahl der Fabriken und Betriebe lag nicht in den Händen echter Marxisten und der Arbeitermassen. Unsere sozialistische ökonomische Basis war nicht solide. Ohne die große Kulturrevolution wäre es nach nicht allzulanger Zeit unvermeidlich zu einer landesweiten konterrevolutionären Restauration gekommen, wäre unsere Partei zu einer revisionistischen Partei entartet, hätte das ganze Land die Farbe gewechselt.

Mit dem Scharfblick eines grossen Marxisten-Leninisten hat der Vorsitzende Mao rechtzeitig die ernste Gefahr erkannt, daß die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg die Diktatur des Proletariats stürzen könnten. In dem Rundschreiben stellte der Vorsitzende Mao fest: **‚Die Repräsentanten der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, sind ein Häuflein von konterrevolutionären Revisionisten; in dem Moment, da die Bedingungen dafür reif sind, werden sie die politische Macht an sich reißen und die Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Bourgeoisie umwandeln.'** Im Kampf zur Abwehr des Windes von rechts stellte der Vorsitzende Mao wieder fest: **‚Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch.'** (. . .)

In den vergangenen zehn Jahren haben wir gegen Liu Schao-tschi, Lin Biao und Deng Hsiao-ping gekämpft. All diese Kämpfe haben bewiesen, daß in der Kommunistischen Partei tatsächlich Bourgeoisie existiert. Die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg bilden die Hauptkraft der Bourgeoisie in ihrem Kräftemessen mit dem Proletariat und bei ihrer Bemühung um die Restauration des Kapitalismus. Der entscheidende Punkt ist, daß diese den kapitalistischen Weg gehenden Leute Machthaber sind, die sich in die Organe der Diktatur des Proletariats eingeschlichen haben. Die Anführer der revisionistischen Linie wie Liu Schao-tschi, Lin Biao und Deng Hsiao-ping verfügten über einen sehr großen Teil der Machtbefugnisse in Partei- und Staatsführung. Solche Leute sind also in der Lage, Werkzeuge der Diktatur des Proletariats in solche der Diktatur über das Proletariat zu verwandeln. Aus diesem Grund sind ihre Versuche, den Kapitalismus zu restaurieren noch gefährlicher als die der Bourgeoisie außerhalb der Partei. Sie können unter Mißbrauch ihrer Machtbefugnisse Kapitulanten und Verräter heranziehen, Cliquen für ihre selbstsüchtigen Interessen bilden und auf diese Weise ein bürgerliches Hauptquartier aufrichten sie können von oben nach unten eine revisionistische Linie ausarbeiten und durchzusetzen suchen. Sie können das bürgerliche Recht stärken und es selbst ausweiten, ihre eigenen Interessen, nämlich die von ‚hohen Beamten', die den Revisionismus praktizieren, schützen, in großem Ausmaß gesellschaftliche Reichtümer an sich reißen und verschwenden, sich mit allen Mitteln in kapitalistische Aktivitäten einlassen und die sozialistischen Produktionsverhältnisse zersetzen und zerstören. Unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus und alle möglichen Fähnchen schwenkend, können sie jene Menschen, die sich über den wahren Sachverhalt nicht im klaren sind und ein geringeres politisches Bewußtsein haben, eine Zeitlang hinters Licht führen, so daß diese ihrer revisionistischen Linie folgen. (. . .)

Der oberste besserungsunwillige Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg Deng Hsiao-ping war eben der Rädelsführer bei der Anfachung des rechten Windes zur Revision der gefällten richtigen Urteile, jenes rechten Windes, der im konterrevolutionären politischen Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz seinen Höhepunkt erreichte. Vor der großen Kulturrevolution war er die Nr. 2 des bürgerlichen Hauptquartiers Liu Schao-tschis gewesen. Die große Kulturrevolution hat die beiden bürgerlichen Hauptquartiere um Liu Schao-tschi bzw. Lin Biao zerschlagen. Deng Hsiao-ping, von den Massen kritisiert, erging sich in Beteuerungen und Versprechungen wie: Er bereue zutiefst und werde sich bessern; nie werde er das gefällte richtige Urteil umstoßen usw. usf. Aber kaum hatte er seine Arbeit wiederaufgenommen und wieder große Macht in Händen, ließ er die Maske fallen. Mit zehnfachem Haß und hundertfacher Wut verwertete er all seine konterrevolutionären politischen Kampferfahrungen, um mit Hilfe eines Programms und einer beeinflußten öffentlichen Meinung einen organisierten und planmäßigen Angriff auf die Partei zu starten, dessen Speerspitze gegen unserer grossen Führer Vorsitzenden Mao gerichtet war. (. . .)

‚Allseitige Ausrichtung' – das war Deng Hsiao-pings Aktionsplan zur Revision der gefällten richtigen Urteile und zur Restauration des Kapitalismus. Kaum war die Anordnung zur Ausrichtung gegeben, kam jäh dieser üble Wind auf. Damit wollte er mit einem Streich die revolutionäre Linie und Politik des Vorsitzenden Mao, die Errungenschaften der großen Kulturrevolution und das überlegene sozialistische Gesellschaftssystem über Bord werfen. Die sogenannte Ausrichtung war in ihrem Wesen ein Angriff der Bourgeoisie gegen das Proletariat und ein Versuch, den Kapitalismus wiederherzustellen.

Deng Hsiao-pings Machenschaften waren eine Fortsetzung und Weiterentwicklung der reaktionären ‚Februarthesen' (von Liu Schao-tschis Leuten wie dem konterrevolutionären Peng Dschen verfaßt – RM), welche vom Vorsitzenden Mao in dem Rundschreiben vom 16. Mai 1966 scharf kritisiert worden waren. Deng Hsiao-pings Programm ‚Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten' war eine Spielart jener revisionistischen Linie, von der es in dem Rundschreiben heißt: **‚Sie leugnen völlig, daß die Jahrtausende alte Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, sie negieren völlig den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, die Revolution des Proletariats gegen die Bourgeoisie und die Diktatur des Proletariats über sie.'** In dem Rundschreiben wurde aufgezeigt, wie Peng Dschen absichtlich Gerüchte in Umlauf setzte, um den Kampf von der korrekten Richtung abzulenken. Darin wurde die von ihm vorgeschlagene Ausrichtungsbewegung verurteilt, weil diese gegen die proletarischen Linken gerichtet war und die bürgerlichen Rechten in Schutz nahm. Deng Hsiao-ping ging noch weiter. Seine Linie ist eine Fortsetzung der konterrevolutionären revisionistischen Linie Liu Schao-tschis und Lin Biaos. Verfolgte man diese Linie, würden nicht nur die Erfolge der großen Kulturrevolution, sondern auch die der ganzen chinesischen Revolution zunichte. Der kapitalistische Weg, den Deng Hsiao-ping ging, würde in das halbkoloniale und halbfeudale alte China zurückführen und China zu einem Anhängsel des Imperialismus und des Sozialimperialismus degradieren. Wie der Vorsitzende Mao in dem Rundschreiben in seiner Kritik der Repräsentanten der Bourgeoisie feststellte: **‚Sie sind ergebene Lakaien der Bourgeoisie und des Imperialismus und klammern sich gemeinsam mit diesen an die Ideologie der Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie und an das kapitalistische Gesellschaftssystem, während sie die Ideologie des Marxismus-Leninismus und das sozialistische Gesellschaftssystem bekämpfen.' ‚Ihr Kampf gegen uns ist ein Kampf auf Leben und Tod, dabei kann von einer Gleichheit überhaupt nicht die Rede sein. Daher ist unser Kampf gegen sie ebenfalls unvermeidlich ein Kampf auf Leben und Tod.'**

Das große historische Verdienst der vom Vorsitzenden Mao persönlich initiierten und geleiteten Großen Proletarischen Kulturrevolution ist es, die restaurativen Machenschaften der Bourgeoisie innerhalb der Partei rechtzeitig und entschieden vereitelt, ihre konterrevolutionäre revisionistische Linie kritisiert und jenen von ihr usurpierten Teil der Macht in der Partei- und Staatsführung zurückerobert zu haben. Damit wurde sichergestellt, daß unser Land weiter entlang der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao vorwärtsschreiten konnte. Ihr Verdienst ist es auch, das wichtigste Problem der internationalen kommunistischen Bewegung der Gegenwart, nämlich die Frage, wie die Diktatur des Proletariats zu festigen und eine Restauration des Kapitalismus zu verhüten ist, theoretisch und praktisch gelöst zu haben. Hunderte Millionen Arbeiter, Bauern und Soldaten, revolutionäre Kader und revolutionäre Intellektuelle haben immer klarer erkannt: Die große Kulturrevolution **‚ist absolut notwendig und wird genau zur rechten Zeit durchgeführt'**. Begeistert jubelten sie: ‚Die große Kulturrevolution ist ausgezeichnet!' Nur solche besserungsunwilligen, den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber wie Deng Hsiao-ping hegten tiefen Haß gegen die große Kulturrevolution. Halsstarrig war er darauf aus, die richtige Bewertung der großen Kulturrevolution zu annullieren und mit ihr abzurechnen. Damit stieß er die überwiegende Mehrheit der Volksmassen vor den Kopf. Diese waren dagegen und liessen es nicht zu. **‚Eine Revision richtiger Urteile läuft dem Willen des Volkes zuwider.'** Das Volk, die Partei und die Parteimitglieder wollen die Weiterführung der Revolution, sie sind gegen Restauration und Rückschritt. Eben deshalb hat der vom Vorsitzenden Mao persönlich initiierte und geleitete große Kampf zur Abwehr des rechten Windes bei der ganzen Partei, der ganzen Armee und dem ganzen Volk herzliche Unterstützung gefunden. Er hat die volle Zustimmung der Volksmassen gewonnen und entspricht ihrem Wunsch. Die Leute, die die gefällten richtigen Urteile umzustoßen suchten und mit der Kulturrevolution abrechnen wollten, sind in größte Isolierung geraten und haben sehr bald eine Niederlage erlitten.

Wir haben große Siege errungen. Aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. Der Kampf zur Kritik an Deng Hsio-pings konterrevolutionärer revisionistischer Linie muß weiter in die Tiefe gehen. Unser Kampfwille darf keinesfalls nachlassen. Die Handvoll Klassenfeinde wird sich nicht mit ihrer Niederlage abfinden. Sie sind nun dabei, aus ihrer Niederlage, Lehren zu ziehen und neue Taktiken und Tricks gegen uns auszuarbeiten. Demgegenüber müssen die revolutionären Volksmassen einen klaren Kopf behalten. Der Vorsitzende Mao stellte fest: **‚Lenin sprach vom Aufbau eines bürgerlichen Staates ohne Kapitalisten zum Schutz des bürgerlichen Rechts. Wir selbst haben eben einen solchen Staat aufgebaut, er unterscheidet sich nicht sehr von der alten Gesellschaft: Es gibt Hierarchie, acht Lohnstufen, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch gleicher Werte.'** Solange diese Bedingungen existieren, solange es Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf gibt, solange die Einflüsse der Bourgeoisie sowie des internationalen Imperialismus und Revisionismus existieren, wird es die historische Erscheinung geben: **‚Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch.'** Es ist eine historische Erscheinung, mit der auf lange Sicht gerechnet werden muß. Bereits zum 1. Jahrestag des Rundschreibens lehrte uns der Vorsitzende Mao: **‚Die gegenwärtige große Kulturrevolution ist nur die erste; in der Zukunft wird es unausbleiblich noch mehrere geben.'** Im Kampf zur Abwehr des rechten Windes stellte der Vorsitzende Mao erneut fest: **‚Nach der demokratischen Revolution sind die Arbeiter, armen Bauern und unteren Mittelbauern nicht stehengeblieben, sie wollen die Revolution. Aber ein Teil der Parteimitglieder will nicht weiter vorwärts. Manche sind zurückgewichen und gegen die Revolution aufgetreten. Warum? Weil sie hohe Beamte geworden sind und die Interessen der hohen Beamten schützen wollen.' ‚Wird in 100 Jahren Revolution nötig sein? Wird auch noch in 1 000 Jahren Revolution nötig sein? Revolution ist immer notwendig. Ein Teil der Menschen wird sich immer unterdrückt fühlen; kleine Beamte, Studenten, Arbeiter, Bauern und Soldaten wollen nicht von großen Tieren unterdrückt werden. Darum wollen sie die Revolution. Sollten in 10 000 Jahren keine Widersprüche mehr zu sehen sein? Wieso nicht? Immer noch werden welche zu sehen sein.'** Daher müssen wir ideologisch gut auf einen langwierigen Kampf gegen die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg und auf die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats vorbereitet sein.

Anfang dieses Jahres sagte der Vorsitzende Mao: **‚Ohne Kampf gibt es keinen Fortschritt.' ‚Können 800 Millionen Menschen ohne Kampf auskommen?!'** Die zehn Jahre der Großen Proletarischen Kulturrevolution waren zehn Jahre, in denen wir im Kampf vorwärtsmarschierten und unser Land gewaltig veränderten . (. . .) Unser großes Vaterland blüht und gedeiht, überall herrscht ein pulsierendes Leben. Die Große Proletarische Kulturrevolution hat die Kraft der Hunderten Millionen unseres Volkes weiter freigesetzt. Diese von ihr ausgelöste gewaltige Kraft beginnt erst, spürbar zu werden. Mit der Vertiefung der Revolution wird sie noch mehr zur Geltung kommen. (. . .)

Das Proletariat ist von revolutionärem Optimismus erfüllt. Wir vertrauen in die Dialektik. Wir wissen: **‚Das Neue löst das Alte ab', das ist ein allgemeines und ewig unumstößliches Gesetz des Weltalls.'** (Mao Tsetung, ‚Über den Widerspruch') Wie windungsreich der Weg der Revolution auch immer sein mag, über wieviele Umwege er auch führen mag, die Wahrheit des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen setzt sich doch unaufhaltsam durch. Die Volksmassen, die mehr als 95 Prozent der Bevölkerung ausmachen, wollen konsequent die Revolution. Die Revolution wird die Reaktion besiegen, das Neue wird über das Verfaulende triumphieren, das ist ein Gesetz der Geschichte. Seit der Begründung des Marxismus sind über 100 Jahre verstrichen, und die alte Welt ist schon in Scherben zerbrochen. Heute sind der Kapitalismus und der Revisionismus im Untergang begriffen wie ‚die Sonne, die bei Westwind hinter dem Horizont verschwindet'. Die lächerlichen Figuren, die gegen die historische Strömung anschwimmen, werden, auch wenn sie für eine Zeitlang an die Macht kommen sollten, letzten Endes vom Volk auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden. Es ist genau so, wie Marx und Engels von der Bourgeoisie sagten: **‚Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.'** (‚Manifest der Kommunistischen Partei'). (. . .)"



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MÜNCHEN

Zu einer Geldstrafe wurde in München Genosse Peter K. verurteilt wegen „Verächtlichmachung der Bundesrepublik". Die Anklageschrift hatte die Staatsanwaltschaft München zusammengebastelt aus verschiedenen Notizzetteln, die im November 1974 während eines anderen Prozesses gegen Peter beschlagnahmt worden waren. Damals hatte er sich verschiedene Stichworte zu seinem Schlußwort und zur Verteidigung notiert. Obwohl er diese Aufzeichnungen gar nicht mehr für seine Rede verwenden konnte und dann auch zu einem ganz anderen Thema sprach, mußten nun Zitate aus diesen Zetteln zur Verurteilung eines Kommunisten herhalten. Kaltschnäuzig behauptete Münchens berüchtigter Kommunistenjäger, Staatsanwalt Wahl, der als Zeuge aussagte, Peter habe eben diese Zitate in seinem Prozeß wörtlich gesagt. Auch als Peter entlarvte, daß Wahl damals gar nicht im Gericht anwesend war, also schlichtweg gelogen hatte, ließ sich das Gericht nicht beeindrucken. Es entzog Peter mehrmals das Wort und verurteilte ihn dann zu einer Strafe von 600 DM.

HAMBURG

Am 14. und 24.5. fand in Hamburg der Berufungsprozeß gegen Genossen W. Walter statt, der als presserechtlich Verantwortlicher wegen verschiedener Flugblätter und Betriebszeitungen zum Tod von Günter Routhier zu 9 000 DM Strafe verurteilt worden war. Obwohl das Gericht selbst zugeben mußte, daß mehr als Dreiviertel der verschiedenen Anklagepunkte verjährt waren, verurteilte es den Genossen zu einer Gesamtstrafe von 4 000 DM. Kollegen, die bei Hausbesuchen von Genossen davon hörten, waren sehr empört über dieses Gesinnungsurteil.

HAMBURG

Freigesprochen wurden sechs ehemalige SS-Führer nach dreieinhalbjähriger Verhandlung, die Massenmorde in den Konzentrationslagern Sobibor, Belzec, Treblinka, Warschau und Lublin befohlen hatten. Mehr als eine halbe Million polnischer Juden waren auf ihre Anordnung hin vergast, erschossen und erschlagen worden. Trotzdem behauptete das Gericht, sie hätten nicht wissen können, welche Auswirkungen ihre eigenen Befehle hatten. Die Kosten des Verfahrens, mehrere Millionen Mark, zahlt der Staat aus Steuergeldern.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.: 321004547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Spenden

Auf das Konto des Parteivorstandes der KPD/ML gingen im Mai 76 folgende Spenden ein:

Spenden für die KPD/ML	
1.5. Arbeitertreff Reutlingen	22,85 DM
1.5. KSB/ML Reutlingen	80,00 DM
1.5. Arbeitertreff Reutlingen	20,00 DM
1.5. OG Reutlingen	140,00 DM
4.5. V.W., Buxtehude	2,50 DM
24.5. 1.-Mai-Veranstaltung, Mannheim/Ludw.	1 127,00 DM
24.5. Kunden Parteibüro, Mannheim	65,00 DM
28.5. H.L., West-Berlin	490,14 DM
Gesamt	**1 947,49 DM**

Spenden für die KPD/ML, Sektion DDR	
1.5. RG Stuttgart	107,00 DM
7.5. S.S., Saarbrücken	100,00 DM
12.5. M. und H.S., München	50,00 DM
12.5. Ch. T., München	50,00 DM
20.5. F.G., Wuppertal	20,00 DM
24.5. OG Friedrichshafen	150,50 DM
26.5. OG Mannheim	30,00 DM
28.5. Stadtteilzelle HH-Altona	415,00 DM
Gesamt	**922,50 DM**

Solidaritätsspenden für RM-Prozesse	
1.5. H.S., Landenbach	190,00 DM
6.5. I.T., West-Berlin	500,00 DM
7.5. W.H., Erzhausen	468,05 DM
7.5. 1.-Mai-Feier Hamburg	267,00 DM
11.5. Buchladen Kiel	48,00 DM
13.5. V.W., Buxtehude	105,00 DM
14.5. Versteigerung 1. Mai, Kiel	379.52 DM
19.5. Schulung Mannheim	31,16 DM

24.5. Schulung Gießen	20,00 DM
24.5. 1.-Mai-Veranstaltung Marburg	318,25 DM
24.5. RG Kiel	100,00 DM
24.5. Sympathisanten, Wetzlar	12,73 DM
25.5. OG Hamburg	1 332,50 DM
26.5. OG Gießen	21,91 DM
28.5. U.R., Bremen	77,13 DM
31.5. Buchladen RM Bielefeld	47,50 DM
Solidaritätsspenden	
1.5. Veranstaltung Nürnberg	143,00 DM
3.5. C.L., Hamburg	5,00 DM
4.5. Ohne Absenderangabe	20,00 DM
5.5. D.S., Hattingen	100,00 DM
7.5. 1.-Mai-Veranstaltung Coburg	25,00 DM
Gesamt	**4 211,75 DM**

Spenden für den ROTEN MORGEN	
7.5. Thälmann-Buchladen, Kiel	396,00 DM
11.5. Maifeier Essen	200,00 DM
20.5. Arbeitertreff HH-Barmbek	27,20 DM
26.6. Von RM-Verkauf Köln-Kalk	70,20 DM
26.5. I.W. Frankfurt	50,00 DM
Gesamt	**743,40 DM**

Spenden für Kambodscha	
3.5. Arbeitertreff Bremen	27,00 DM
10.5. Kambodscha-Veranstaltung KBW und KPD/ML	100,00 DM
19.5. KSB/ML TH West-Berlin	300,00 DM
Gesamt	**427,00 DM**

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

EAP UND DIE POLIZEI–HAND IN HAND

Bei einem Handgemenge zwischen EAP-Faschisten und Genossen der RG vor dem Holstenbahnhof flogen plötzlich durch ein „Mißgeschick" alle Flugblätter und Zeitungen der Faschisten auf die Straße. Die EAPler riefen sofort nach der Polizei. Nach kaum zwei Minuten wurden unsere Genossen von einem Peterwagen aufgehalten, in dem Polizisten und die EAPler saßen und in den Wagen gezerrt. Einen Genossen, für den kein Platz mehr im Wagen war, fesselten die Polizisten unsanft mit Handschellen an den Wagen. Die Polizisten wollten ihre Dienstnummern nicht herausrücken, einen Haftbefehl hatten sie auch nicht.

Ihr brutales Vorgehen wurde von den EAPlern mit Rufen wie „Das geschieht denen ganz recht, den Maoisten, die kriegen eine Strafanzeige von uns", begleitet. Die Polizisten stellten Personalien fest, eine Anzeige wird nicht lange auf sich warten lassen. Die Passanten waren über das Vorgehen der EAP und der Polizei sehr empört.

Hier zeigt sich ganz deutlich, daß eine Absprache zwischen Polizei und EAP stattgefunden hatte, daß ein gezieltes Zusammenarbeiten gegen Revolutionäre geplant war. Sie haben sich durch dieses Manöver wieder einmal als CIA-Agenten und Konterrevolutionäre entlarvt.

Rotfront!
Genossen aus Hamburg

HAUSDURCHSUCHUNG – WEGEN SCHWARZFAHREN

Neulich, kurz vor 5 Uhr, schellt es. Meine Mutter öffnet die Tür und sieht eine Polizeimarke. Nachdem zwei Polizisten in der Wohnung sind, will sie die Tür schließen. Doch sie wird an die Seite geschoben und die beiden sagen: „Lassen Sie die anderen auch rein!" Mit den anderen waren es dann insgesamt fünf, vier Männer und eine Frau. Dann fragen sie meine Mutter, wo sie denn meine Schwester versteckt hätte (Meine Schwester wohnt gar nicht mehr bei uns). Danach durchsuchen sie unsere Wohnung, Schränke, Balkon, Betten und wecken mit ihrem Krach alle meine Geschwister auf. Da sie keine Beute machen konnten, gingen sie gegen 5.15 Uhr wieder fort. Auf die Frage, was meine Schwester denn verbrochen habe, sagen sie: „Nichts Schlimmes. Aber wir werden Sie jetzt in regelmäßigen Abständen belästigen."

Wochen später erfuhren wir den Grund für diesen nächtlichen Überfall: Meine Schwester hatte das große Verbrechen begangen, zweimal schwarz zu fahren und nicht zu ihrem Prozeß hinzugehen.

NIEDER MIT DEM POLIZEITERROR!

Ein Genosse aus Dortmund

Terrorurteil gegen Klaus Kercher

Das Berufungsgericht in München hat das Urteil der 1. Instanz gegen Genossen Klaus Kercher bestätigt, der am Roten Antikriegstag 1972 mit der Partei gegen den imperialistischen Krieg demonstrierte: 16 Monate Gefängnis ohne Bewährung. Und doch ist dieses neue Urteil ein noch schärferer Angriff, noch größerer Terror als das erste. Denn dieses Mal mußte sogar das Gericht zugestehen, daß die gekauften Zeugen der Staatsanwaltschaft sich derart widersprachen, daß nur ein Teil der Anklage aufrechterhalten werden konnte. Klaus, der angeklagt war wegen „schwerem Landfriedensbruch, schwerem Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und versuchter Körperverletzung", wurde verurteilt wegen Landfriedensbruch und Widerstand. Das Strafmaß allerdings blieb das gleiche.

Warum die Bourgeoisie so vorgeht, begründete der Staatsanwalt in seinem Plädoyer. Hätte Klaus einmal in den letzten vier Jahren gesagt, der Rote Antikriegstag 1972 sei eine Jugendsünde gewesen, so deutete er an, hätte er vor Gericht gesagt: „Gut, wir haben einmal über die Stränge geschlagen!" hätte er also „bereut", dann wären 16 Monate ohne Bewährung nicht notwendig gewesen. Genau das aber hatte Genosse Klaus nicht getan.

Gegenüber solchen „Gesinnungstätern", gegenüber Kommunisten, scheut die Klassenjustiz auch vor keiner Einschüchterung, vor keiner Lüge zurück, um sie ins Gefängnis zu bringen. Auch im Prozeß gegen Klaus durften die Zuschauer erst eintreten nach ausführlicher Ausweiskontrolle und Leibesvisitation, mußten sie Taschen und Tüten bei der Polizei abgeben. Zwar wurde der Haftbefehl gegen Genossen Klaus, der seit zwei Jahren besteht, vorübergehend aufgehoben, aber der ganze Prozeßverlauf bewies, daß das nur ein taktisches Manöver war, daß das Gericht von vorneherein beschlossen hatte, Klaus ins Gefängnis zu schicken.

Dazu bot es Zeugen gegen Klaus auf, die man nur als Spitzel, Faschisten, Schläger und konterrevolutionäre Strolche bezeichnen kann. Zum Beispiel einen Bildzeitungsreporter, der beklagte, die Polizei sei viel zu schwach gewesen gegen die Demonstranten „mit den roten Lappen". Auf die Frage, ob er überhaupt gewußt habe, warum demonstriert wurde, sagte er grinsend: „Das interessiert mich nicht. Ich gehe nach dem, der mich bezahlt." Oder einen alten Faschisten, der damit prahlte, er habe seine Armprothese abgeschnallt und auf einer jungen Demonstrantin in Stücke geschlagen. Den Vogel freilich schoß ein „Student" ab, der behauptete, er sei 1972 eigens – spontan und freiwillig – von Westberlin nach München gekommen, als er von der geplanten Demonstration hörte, um der Polizei zu helfen und sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen. Seine Aussage war so offensichtlich erlogen, daß nicht einmal die Polizeizeugen sie unterstützen mochten.

All diese Lügengebäude konnte Genosse Klaus in seinen Aussagen zerstören. Er sprach dem Gericht das Recht ab, über ihn zu urteilen und zeigte, daß es hier nicht um Wahrheitsfindung geht, sondern einzig und allein darum, einen Kommunisten fertigzumachen und auszuschalten. So wird er nicht allein mit Gefängnis bestraft. Die gleiche Bourgeoisie, die ihn in den Kerker wirft, hat ihm auch verboten, seinen Lehrerberuf auszuüben. Daß all dieser Terror nicht im Namen des Volkes ist, in dem er geübt wird, bewies Klaus mit einer Protestresolution, die 43 seiner 60 Kollegen unterschrieben haben.

Interview mit Schorsch Schmidt

Weil der Genosse Schorsch Schmidt am Roten Antikriegstag 1972 in München gegen den imperialistischen Krieg demonstrierte, wurde ihm im Juni 1973 der Prozeß gemacht. Erst ein Jahr später erging das Urteil: 18 Monate Gefängnis ohne Bewährung. Gegen dieses Terrorurteil legte Schorsch damals Revision ein. Sie wurde abgelehnt. Juli 1975 wurde Schorsch von der Polizei geholt und ins Gefängnis geworfen. Fast ein Jahr später, im Mai 1976, bekam Schorsch nach mehrmaligen Anträgen eine Woche „Sozialurlaub". Während dieses Urlaubs sprachen wir mit dem Genossen Schorsch.

RM: Genosse Schorsch, wie kam es zu diesem sog. „Sozialurlaub"?

Gen. Schorsch: Auf diesen „Sozialurlaub" hat man keinen Rechtsanspruch, er ist nur auf dem „Gnadenweg" möglich. Er kann sich im Jahr auf bis zu 18 Tage erstrecken, alle drei Monate kann man ihn beantragen. Bei mir selbst wäre es das erste Mal im September letzten Jahres möglich gewesen. Dieser Antrag wurde damals ohne Begründung abgelehnt. Die dachten, „den lassen wir schmoren". Dann habe ich einen neuerlichen Antrag für April gestellt. Dieser Antrag wurde von der Gefängnisleitung in Dieburg verschlampt. Sofort legte ich natürlich Beschwerde ein, worauf diesmal der „Sozialurlaub" genehmigt wurde. Man muß hier noch hinzufügen, daß dieser Sozialurlaub keineswegs eine „menschliche" Seite der Gefängnisleitung darstellt, sondern vielmehr ein äußerst starkes Druckmittel. Mit diesem Köder wird eine ungeheure Spaltung unter den Gefangenen betrieben. Jeder soll sich nach diesem Urlaub reißen, jeder soll kuschen vor der Gefängnisleitung, nur um den Urlaub zu kriegen. Auf diese Weise stellt der „Sozialurlaub" Zukkerbrot und Peitsche dar.

RM: Wie war das, Schorsch, der erste Tag außerhalb des Gefängnisses?

Gen. Schorsch. Eine gute Sache. Ich konnte so richtig wieder neue Energie schöpfen. Jeder Leser des RM kann sich natürlich vorstellen, daß ich einen sehr großen „politischen Nachholbedarf" hatte. Gleich am ersten Abend war ich mit meiner Frau zu Besuch auf einer Veranstaltung der KPD/ML in Offenbach. Überhaupt war der Empfang durch die Genossen überall äußerst herzlich.. Was mich selbst mit großer Freude erfüllte, waren die zählbaren Erfolge der Ortsgruppe Frankfurt/Main. Sehr viele Genossinnen und Genossen kannte ich nicht.

RM: Gen. Schorsch, was machst Du im Gefängnis?

Gen. Schorsch. Zuerst einmal, bevor ich auf diese Frage eingehe, möchte ich mich herzlich bei all denjenigen bedanken, die mir geschrieben haben. Es ist kaum zu glauben, aber ich habe in dieser Zeit 2 000 Briefe und Karten erhalten, allein 300 vom Roten Antikriegstagskongreß aus Offenbach. Um auf die Frage zurückzukommen: Ich nutze die Zeit, um neue Kenntnisse zu bekommen. So habe ich mittlerweile einigermaßen Französisch gelernt, jetzt habe ich mit Spanisch angefangen. Aber auch beruflich versuche ich, mich fit zu halten. Außerdem habe ich Übersetzungen aus dem Englischen gemacht, auch versuche ich, Artikel für den ROTEN MORGEN zu schreiben. Die politische Arbeit im Knast selbst ist ein zweischneidiges Schwert. Da gibt es die größten Ganoven, aber auch einige ganz gute Leute. Ich selbst genieße einiges Vertrauen unter den Gefangenen und halte einen guten politischen Kontakt zu ihnen. Auf diese Weise besteht ein reges Interesse am ROTEN MORGEN, für die Revolution jedoch kann man im Gefängnis niemanden gewinnen. Öfters gebe ich den anderen Gefangenen auch Rat, wenn es rechtliche Schwierigkeiten gibt o.ä.

RM: Wie geht's jetzt weiter?

Gen. Schorsch: Spätestens am 12. Dezember 1976 ist meine Entlassung. Natürlich stelle ich den Antrag, vorzeitig herauszukommen. Dies kann man wenn 2/3 der Zeit um sind. Sollte mein Antrag Erfolg haben, dann wäre ich am 13. Juni wieder draußen. Der Bescheid ist in den nächsten 14 Tagen zu erwarten. Sollte er abgelehnt werden, werde ich natürlich sofort von meinem Beschwerderecht Gebrauch machen. Dies müßte dann durch politische Schritte unterstützt werden.

RM: Wir hoffen, daß Dein Kampf um vorzeitige Entlassung erfolgreich wird, und wir werden Dich im diesem Kampf weiterhin unterstützen.

Anzeige gegen Günters Mörder abgelehnt

Nicht einmal vier Wochen, nachdem sie zum zweiten Mal Anzeige gegen die Mörder ihres Mannes erhoben hatte, erhielt Genossin Rotraut Routhier die Antwort der Staatsanwaltschaft Duisburg: Die Aufnahme neuer Ermittlungen wird abgelehnt, Klage gegen Günters Mörder nicht erhoben.

Staatsanwalt Jäger gab sich nicht einmal die Mühe, den Anschein von „Gerechtigkeit" zu wahren. Nicht ein einziger Zeuge wurde vernommen. Selbst die Vernehmung von Professor Krauland, der in seinem medizinischen Gutachten nachgewiesen hatte, daß Günter an den Folgen von Verletzungen starb, die ihm 14 Tage vor seinem Tod zugefügt wurden also genau zu der Zeit des Polizeieinsatzes, hielt Jäger nicht für notwendig.

Polizei und Klassenjustiz haben ihre Taktik geändert. Zuerst versuchten sie so zu tun, als habe Günters Tod absolut nichts damit zu tun, daß er kurze Zeit vorher von Polizisten schwer mißhandelt wurde, als sei er „zufällig" gestorben. Diese Lüge ist inzwischen gescheitert. Denn immer mehr Menschen erkannten durch die Propaganda der Partei, wer schuld war an Günters Tod.

Heute erklärt Staatsanwalt Jäger in der Ablehnung der Anzeige, es sei im Grunde egal, ob Günter an den Folgen dieser Verletzungen starb. Interessant sei einzig und allein, „daß die Art und Weise des Vorgehens der Beamten bei der Festnahme und dem Abtransport Routhiers rechtmäßig war." Das heißt: Der Einsatzbefehl „Knüppel frei", den damals die 36 zivilen und uniformierten Polizisten bekamen, war zugleich ein Freibrief auf Mord und Totschlag. Es ist „rechtmäßig", einen Menschen, von dem bekannt war, daß er Bluter ist, zwischen Stuhlreihen zu schleudern, die Treppe hinunterzuwerfen, daß er mit dem Kopf gegen die Wand knallt, es ist „rechtmässig" – wenn der bürgerliche Staatsapparat es befiehlt. Wer das anzweifelt, zahlt mit Geldstrafen oder Gefängnis.

Immer mehr Menschen allerdings weigern sich, dieses „Recht" anzuerkennen. Selbst über die Grenzen Westdeutschlands hinaus hat der Mord an Günter Abscheu und Empörung hervorgerufen. Der offene Schutz, den die Klassenjustiz den Polizisten gibt, die Günter so mißhandelten, daß er starb, wird diese Empörung noch wachsen lassen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Veranstaltungen mit Vertretern des PAC

Es lebe der Kampf des Volkes von Azania!

Fortsetzung von Seite 1

Sklaven der weißen Gutsbesitzer, nehmen sich mit Gewalt das Land, das ihnen geraubt wurde. Machtvolle Demonstrationen in den großen Städten lassen die Unterdrücker nicht zur Ruhe kommen. Alle diese Kämpfe werden sich zu einem grossen, unwiderstehlichen Strom vereinigen und das jahrhundertealte Unterdrückerregime hinwegfegen.

Unterstützt den revolutionären Befreiungskampf des Volkes von Azania!

Unterstützt den PAC! Besucht die Veranstaltungen in Hamburg, Dortmund, Westberlin und Frankfurt!

Spendet für die Unterstützung des Kampfes des PAC!

„Südafrika ist in der Tat, was die Afrikaner betrifft, ein Zwangsarbeitslager“
(aus einem Bericht der UNO)

Südafrika ist ein reiches Land. Hier lagern 75% der Weltvorräte an Chromerz, 75% der Diamanten, 70% des Platins, riesige Gold-, Mangan-, Kupfer- und Eisenerzvorkommen. Aber dieses reiche Land ist die Hölle für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die über 16 Millionen Afrikaner. Für die weißen Herren sind sie Untermenschen, Sklaven, die zu arbeiten und zu gehorchen haben. Die Regierung pfercht die Afrikaner zu Millionen in die „Bantustans“, „Homelands“ genannt, von denen sie zynisch behauptet, hier könnten die Afrikaner lernen, sich selbst zu regieren. In Wirklichkeit aber sind die „Bantustans“ riesige KZs. Die Afrikaner dürfen außerhalb dieser Lager keinen festen Wohnsitz haben. Sie dürfen sie nur aus einem einzigen Grund verlassen: um für einen Hungerlohn in den Gruben und Fabriken der weißen Kapitalisten zu schuften. Fehlt in ihrem Paß eine der vielen vorgeschriebenen Eintragungen, droht den Afrikanern Gefängnis oder Zwangsarbeit. Jeder Afrikaner, der älter als 15 Jahre ist, muß sich bei einem Arbeitsbüro der Regierung registrieren lassen. Tut er das nicht, droht ihm Zwangsarbeit oder Gefängnis. Wer sich weigert eine ihm angebotene Arbeit anzunehmen, dem droht ebenfalls Zwangsarbeit. Jeder Streik gilt als Sabotage und kann mit dem Tode bestraft werden. Das herrschende Regime begründet diesen Terror zynisch mit der „besonderen Natur der Schwarzen“, der „natürlichen Überlegenheit der weißen Rasse“.

Die Kapitalisten haben sich mit diesem terroristischen Regime ein Millionenheer billiger, rechtloser Arbeitsklaven geschaffen, deren Ausbeutung ihnen märchenhafte Profite garantiert. So erklärte der Kapitalist Rosenthal, SPD-Mitglied und ehemaliger Staatssekretär, anläßlich der Eröffnung eines seiner Zweigwerke in Südafrika: „Bei der Firma Rosenthal in Bayern verdient ein Arbeiter in zwei Stunden, was mancher Bantu in einer Woche verdient. Für uns ist das eine sehr große Einsparung.“

Hinter dem Regime in Pretoria stehen die Imperialisten der ganzen Welt. Für sie ist Südafrika das letzte und entscheidende Bollwerk gegen den revolutionären Kampf der Völker Afrikas für ihre Befreiung. Die wirklichen Herren Südafrikas sind die Imperialisten, allen voran der amerikanische Imperialismus. Für die amerikanischen Imperialisten ist Südafrika doppelt wichtig: als Bollwerk gegen die Völker und als Stützpunkt im Kampf mit der anderen Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus, der versucht mit allen Mitteln seinen Einfluß in Afrika und seine Kontrolle über die Völker zu vergrößern.

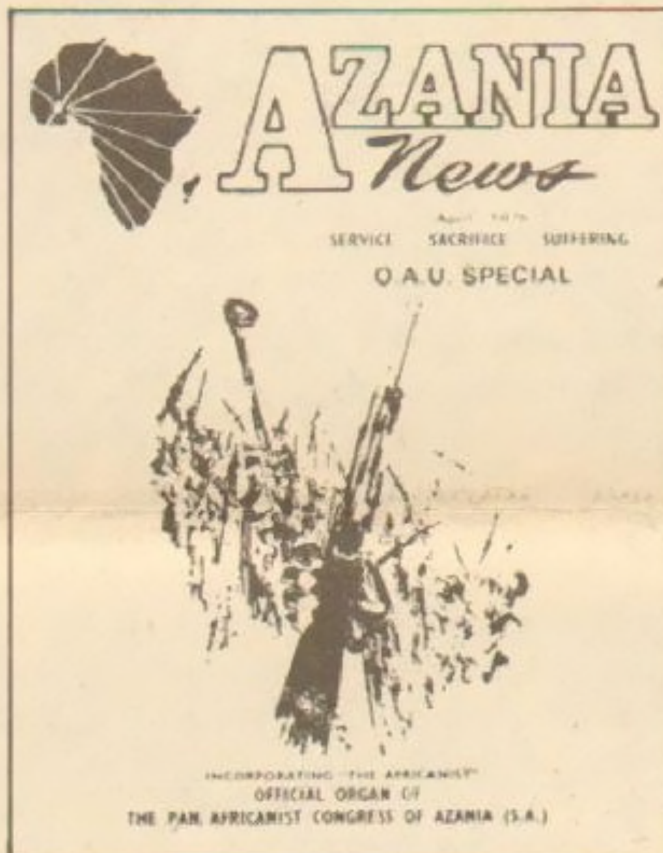
Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus!

Die westdeutschen Imperialisten gehören zu den besten Stützen des rassistischen Regimes, zu den größten Räubern der Reichtümer des Landes und Ausbeutern der Millionen Afrikaner. Mehr als einmal hat die Vollversammlung der UNO, haben die Befreiungsorganisationen der Völker von Azania und Namibia, das von den südafrikanischen Rassisten besetzt ist, die schändliche Rolle des westdeutschen Imperialismus in Südafrika gebrandmarkt. In der letzten Zeit lieferten die westdeutschen Imperialisten dem Regime sogar Verfahren und Anlagen für die Herstellung von Atomwaffen. Schon früher lieferten sie Waffen und Lizenzen, nach denen in Südafrika selbst Waffen produziert werden. Die westdeutschen Imperialisten stützen sich dabei auch auf ihre alten Verbindungen. Namibia war einmal eine deutsche Kolonie. Hier und in Südafrika leben Zehntausende von deutschen Siedlern. Nach dem 2. Weltkrieg war Südafrika Zufluchtsort für viele alte prominente Faschisten, die heute zum Teil in den Spitzen der südafrikanischen Konzerne und Verwaltung sitzen. Es gibt kaum einen westdeutschen Großkonzern, der nicht in Südafrika eine Tochtergesellschaft oder eine Kapitalbeteiligung hat. Die westdeutschen Imperialisten sind vor allem an der Ausplünderung der Rohstoffe Südafrikas beteiligt. 40% des Uranbedarfs der Bundesrepublik kommt aus Südafrika. „Bayer Leverkusen“ besitzt dort die größte Chromerzmine der Welt; die „Degussa“ ist an der Ausplünderung der Kupferminen beteiligt, Hoesch, Krupp und Thyssen stecken im Eisenerzgeschäft. 3,5 Mrd. DM investierten die westdeutschen Monopole 1974 in Südafrika, eine Summe, die sie doppelt und dreifach wieder zurückbekommen. Der Regierungskonzern VW beherrscht den südafrikanischen Automarkt. Die drei westdeutschen Großbanken gaben dem rassistischen Regime über eine Milliarde DM an Krediten und Anleihen. „VW hat in Südafrika nichts zu verbergen. VW kann sich sehen lassen – auch in Südafrika“, heißt es in einer Werbebroschüre dieses Konzerns. Das ist typisch für die Unverfrorenheit der westdeutschen Imperialisten, die als angebliche Förderer des technischen Fortschritts und der Entwicklung auftreten, in Wirklichkeit aber imperialistische Räuber sind, die sich am Schweiß und Blut der unterdrückten Afrikaner mästen.

Das Volk von Azania steht auch im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus. Das ist für uns eine große Ermutigung und Hilfe, zugleich aber auch ein Ansporn, den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus noch mehr zu verstärken, alle seine gegen die Freiheit der Völker gerichteten Machenschaften zu enthüllen und zu bekämpfen. Der westdeutsche Imperialismus wird sein Wesen niemals ändern. Nur sein Sturz durch die sozialistische Revolution wird die Völker von diesem Ausbeuter befreien.

Es lebe der Befreiungskampf des Volkes von Azania! Es lebe der PAC!

Am 21. März 1960 ermordeten die südafrikanischen Rassisten in der Stadt Sharpeville 87 Afrikaner und verletzten über 200 schwer. Der Tag dieses berüchtigten „Massakers von Sharpeville“ ist zugleich die Geburtsstunde des PAC, der sich kurz zuvor gegründet hatte. Von diesem Tag an organisierte und führte der PAC den bewaffneten Kampf als einzigen Weg, um das rassistische Regime zu stürzen und die Freiheit zu erkämpfen.



„Die Art des Kampfes, den wir führen“, erklärt der PAC, *„ist der revolutionäre Guerillakrieg, der von seinem Charakter eine langandauernde Form des Kampfes ist, den unser Volk für seine eigene Befreiung führt. Unsere ganze Organisation und alle unsere Pläne sind auf diese Form des Kampfes ausgerichtet. Unser Volk hat seine Bereitschaft zum bewaffneten Kampf mehrmals gezeigt, als es sich dem rassistischen Regime entgegenstellte. Innerhalb des letzten Jahres hat es mehr Streiks und Demonstrationen gegeben als jemals zuvor.“* Heute erstreckt sich der bewaffnete Kampf auf das ganze Land und die Truppen der Rassisten sind von einem Feuerring der Patrioten umgeben, die ihnen einen Schlag nach dem anderen versetzen. Im Norden Südafrikas schlugen die Befreiungskämpfer im November letzten Jahres eine große Schlacht. Obwohl hier viele rassistische Soldaten konzentriert sind, kämpften die Patrioten mutig und brachten dem Feind schwere Verluste bei.

Um an der revolutionären Linie und am bewaffneten Kampf festzuhalten, mußte der PAC einen scharfen Kampf gegen die revisionistische Partei Südafrikas und die liberalen Elemente innerhalb der Befreiungsbewegung führen. Beide verurteilten den bewaffneten Kampf und wollten das Volk glauben machen, es gäbe einen friedlichen Weg, um das Regime der Rassisten zu besiegen. Gleichzeitig versuchte die revisionistische südafrikanische Partei, innerhalb der Befreiungsbewegung Stimmung für den russischen Sozialimperialismus zu machen, um das Volk von einer Knechtschaft in eine andere zu führen. Der PAC enthüllte und entlarvte jedoch alle diese Komplotte und prangerte das räuberische Wesen der imperialistischen Sowjetunion an. Im Kampf gegen das rassistische Regime und seine imperialistischen Herren kann man sich nicht auf einen anderen Imperialismus stützen. *„Das Volk von Azania“*, erklärt der PAC, *„will nicht, daß irgendjemand an seiner Stelle kämpft. Wir sind unsere eigenen Befreier.“* Und anläßlich der Intervention der südafrikanischen Rassisten, amerikanischen Imperialisten, der russischen Sozialimperialisten und ihrer kubanischen Söldner in Angola erklärt der PAC weiter: *„Wir wünschen weder die Anwesenheit von Soldaten eines anderen Landes, noch einer Gruppe von Ländern, noch die Anwesenheit von Soldaten einer der Supermächte.“* Der PAC kämpft an der Seite der revolutionären Völker gegen den Imperialismus. Der gemeinsame Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und der Kampf der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern, das sind die Kräfte, die dem Imperialismus Schlag auf Schlag versetzen und letztendlich das imperialistische Weltsystem stürzen werden. **Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution und der Vormarsch des Sozialismus.**

Es lebe der Freiheitskampf des Volkes von Azania und seiner Befreiungsbewegung, des PAC!

Nieder mit dem rassistischen Regime in Südafrika!

Nieder mit dem Imperialismus und Sozialimperialismus!

Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus!

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und dem Volk von Azania!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Spendenaufruf:

Spendet für die Unterstützung des Pan Africanist Congress!

Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund, Konto-Nr. 321 004 547
Vorstand der KPD/ML; Stichwort: PAC

GRF(KPD) und KBW versuchen Rundreise des PAC zu sabotieren

Im Interesse einer breiten Mobilisierung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Azania und seiner Befreiungsorganisation PAC, begrüssen wir die Einigung zwischen unserer Partei und der GRF (KPD), die Rundreise der Vertreter des PAC in der Zeit vom 17. bis 27. 7 gemeinsam durchzuführen. Wir verurteilen gleichzeitig die Weigerung des KBW, diese Rundreise ebenfalls zu unterstützen. Die Methoden der GRF (KPD) in Zusammenhang mit dieser Rundreise haben allerdings das Zustandekommen einer Einigung sehr erschwert und anfangs die Rundreise der Vertreter des PAC ganz in Frage gestellt.

1. In der „Roten Fahne“ Nr. 20/76 veröffentlichte die GRF (KPD) einen Aufruf zu einer Solidaritätswoche mit den Völkern des südlichen Afrika. Sie kündigte dabei an, daß auf den Veranstaltungen dieser Solidaritätswoche, als Vertreter des PAC, Genosse Gqobose sprechen würde. Diese Ankündigung war völlig aus der Luft gegriffen. Vertreter des PAC hatten niemals die Absicht, auf Veranstaltungen im Rahmen dieser Solidaritätswoche zu sprechen und die GRF (KPD) hatte demzufolge auch keine Zusage. Im Gegenteil, die Vertreter des PAC hatten in Gesprächen mit unserer Partei, der GRF (KPD) und dem KBW ausdrücklich erklärt, daß sie für eine von allen drei Organisationen gemeinsam organisierte Rundreise eintreten. Die GRF (KPD) ließ den PAC darüberhinaus absichtlich über den Charakter der von ihr organisierten Solidaritätswoche im unklaren. Sie behauptete später sogar, unsere Partei und den KBW zu Aktionseinheitsgesprächen für eine gemeinsame Durchführung dieser Solidaritätswoche eingeladen zu haben, was nicht den Tatsachen entspricht. Mehr noch, als ein Vertreter des PAC nach dem Erscheinen der „Roten Fahne“ Nr. 20/76 Gespräche mit der GRF (KPD) führte, in denen er mit ihnen über eine von allen drei Organisationen gemeinsam durchgeführte Rundreise sprach, zu der unsere Partei im Einverständnis mit dem PAC die Initiative ergreifen würde, verschwieg ihm die GRF (KPD) den Aufruf in der „Roten Fahne“. Das ist ein geradezu unglaubliches Vorgehen. Das Vorgehen der GRF (KPD) kann nichts anderes bedeuten, als den Versuch, den PAC vor den Karren ihrer Politik zu spannen und sich mit Hilfe eines Überraschungsangriffes als führende Kraft der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Azania zu präsentieren. Dieser Bluff ist gescheitert. Nach wie vor weigert sich aber die GRF (KPD), für ihr Vorgehen Selbstkritik zu üben. Mehr noch. Auf der Veranstaltung der GRF (KPD) in Westberlin setzte sie ihre Betrugsmanöver fort. Ein führender Vertreter der GRF (KPD) erklärte dort, Genosse Gqobose vom PAC könne deshalb nicht sprechen, weil er in Daressalam verhindert sei. Die angeblichen „Mißverständnisse“, von denen die GRF (KPD) spricht, entpuppen sich als einfache Betrügereien.

2. Der KBW nutzte das Vorgehen der GRF (KPD) und das vorläufige Scheitern der Aktionseinheitsverhandlungen für ein hinterhältiges Spaltungsmanöver aus. In einem Brief an den PAC sprechen sie vom Scheitern der Verhandlungen und fordern den PAC auf, an einer unter ihrer Regie stehenden Veranstaltungsreise mit Vertretern des „ANC/African Nationalists“ teilzunehmen. Die Intrige des KBW schlug jedoch fehl. Der PAC hatte sich schon vorher geweigert, gemeinsame Veranstaltungen mit dieser Gruppe in der Bundesrepublik durchzuführen und lehnte es auch diesmal ab.

Ungeachtet der Manöver der GRF (KPD) und des KBW rufen wir alle Revolutionäre auf, die Rundreise von Vertretern des PAC in der Bundesrepublik in jeder Hinsicht zu einem Erfolg zu machen, zahlreich die Veranstaltungen zu besuchen und den PAC durch Spenden zu unterstützen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Köln: Fünf Menschen erstickt

Diphterie breitet sich aus

In Köln breitet sich die Diptherieepidemie weiter aus. Mindestens dreißig Menschen, die meisten von ihnen Kinder, sind schon an dieser gefährlichen Seuche erkrankt. Und inzwischen wurden auch in Gelsenkirchen die ersten Fälle gemeldet; Fünf Menschen sind bereits qualvoll - durch Ersticken – an der Diptherie gestorben.

Die Kölner Epidemie ist nicht die erste dieser Art in diesem Jahr. Schon im Januar waren in Gelsenkirchen, Wattenscheid und Herne elf Kinder an Diphterie erkrankt, zwei von ihnen starben. Damals wie heute „wunderten" sich die bürgerlichen Zeitungen: wie kommt es, daß eine Krankheit, von der man „geglaubt hatte, sie sei längst überwunden", wieder derartig häufig auftritt? Die Ursachen sind allerdings leicht festzustellen. Sie liegen in der Verschlechterung der medizinischen Versorgung der Werktätigen in den letzten Jahren. Systematisch hat der bürgerliche Staat den Impfschutz, die Zahl der Krankenhausbetten, die Vorsorgeuntersuchungen usw. abgebaut. Gerade jetzt hat eine Propagandakampagne über die „Explosion der Krankenkosten" begonnen, die nichts anderes als die Vorbereitung neuer Angriffe auf die medizinische Versorgung darstellt.

„Zur Vorbeugung", schreibt das „dtv-Lexikon" in Bezug auf Diptherie, „hat sich die Schutzimpfung bewährt." Eine gesetzliche Schutzimpfung für Diptherie aber gibt es nicht. Jahrelang wurde den Eltern sogar eingeredet, das Risiko einer Impfung sei größer, als das einer Erkrankung. Dabei stellt schon das „dtv"-Lexikon fest, daß die Diptherie vor allem in den dicht besiedelten Gebieten der gemäßigten Zonen „nie ganz verschwindet" und „sich in mehrjährigen Abständen epidemisch häuft". So gibt der Leiter des städtischen Gesundheitsamtes Köln auch offen zu, „daß der ohnehin schwachgewordene Impfwall keinen Schutz mehr bietet."

Für die Verschlechterung der medizinischen Versorgung typisch ist auch der planmäßige Abbau von Krankenhausbetten. Allein in NRW ist die Schließung von 79 Krankenhäusern geplant, obwohl schon die vorhandenen kaum für die medizinische Versorgung der Bevölkerung ausreichen. So enthüllt der Kölner „express", daß in der Diptherie-Isolierstation der Universitätsklinik qualvolle Enge herrscht. Jeweils zwei Kinder liegen hier in 10 bis 11 qm großen Räumen. Der Zwischenraum zwischen den Betten ist so eng, daß sich die Schwestern dort kaum bewegen können. Eine Klimaanlage gibt es nicht, nicht einmal einen Sonnenschutz. Die Zimmer verwandeln sich, wenn die Sonne scheint, in Brutkästen. Sorgfältige Pflege, wie sie bei Diphterie notwendig ist, ist hier unmöglich. Der Bau einer neuen Isolierstation, schon jahrelang versprochen, wurde immer wieder hinausgezögert: „. . . es ist kein Geld da . . ." Das zeigt, was man von der kapitalistischen Gesundheitsfürsorge halten muß. Es ist schließlich kein Zufall, daß in der Bundesrepublik die durchschnittliche Lebenserwartung gesunken,und die Säuglingssterblichkeit gestiegen ist. Auch die Zahl der Seuchen und Epidemien hat sich erhöht.

So sehen die nackten Tatsachen in unserer angeblich so „humanen" Gesellschaft aus, in der in Wirklichkeit der Profit der Kapitalisten das Maß aller Dinge ist.



In den sozialistischen Ländern China und Albanien werden die Seuchen durch kostenlose Massenimpfungen bekämpft und ausgerottet. So sind zum Beispiel in Albanien die Masern durch Schutzimpfungen ausgerottet. Unser Bild zeigt eine Schutzimpfung bei Kindern in der Volksrepublik China.

Spione für Moskaus Kriegspolitik

In den letzten Wochen und Monaten verhafteten die westdeutschen Behörden nacheinander eine Reihe wichtiger Agenten und Spione der DDR in der Bundesrepublik. Bisher größter Fall: die Festnahme von insgesamt 15 Spionen der DDR, allesamt Mitarbeiter des Bundesverteidigungsministeriums. Im Kampf zwischen den westlichen kapitalistischen und den vom russischen Geheimdienst gesteuerten revisionistischen Geheimdiensten, mußte die DDR eine schwere Schlappe einstecken.

Unter den 15 Agenten, die in der letzten Woche verhaftet wurden, befand sich z. B. ein Sachbearbeiter der Abteilung für Rüstungsforschung des Verteidigungsministeriums mit Zugang zu Geheimakten und Kenntnissen über die Entwicklung neuer Waffen. Seine Frau spionierte u. a. als Sekretärin des Chefs des Leitungsstabes des ehemaligen Verteidigungsministers Helmut Schmidt. Die Agentin Berger spionierte als Sekretärin verschiedener Botschafter und Abteilungsleiter des Außenministeriums. In diesen Fall ist auch der Leiter der Auslandsabteilung der CDU, Böx, verwickelt. Die Spionin Berger verschaffte sich ihre Informationen hauptsächlich durch die „Liebesdienste", die sie verschiedenen „hohen Herren" leistete. Wegen des Verdachts auf Spionage für die DDR wurde eine hoher Beamter des Bundesnachrichtendienstes beurlaubt. Das Mitglied des ÖTV-Hauptvorstandes Faltermeier, der Bundeswehrleutnant Haase, zwei Referenten der CDU – sie allen spionierten für die DDR. Das gibt einen Eindruck vom Umfang der Spionage- und Agententätigkeit des „Stasi" und der anderen Geheimdienste der DDR in der Bundesrepublik.

Die Agenten der DDR arbeiten keineswegs, wie es die revisionistische Propaganda manchmal behauptet, im Dienste des „Friedens" und des „Sozialismus". Mit der bedingungslosen Unterordnung der neuen Bourgeoisie der DDR unter die russischen Sozialimperialisten, wurden auch die Geheimdienste der DDR in den Dienst der Kriegspolitik der neuen Zaren im Kreml gestellt. Alles, was die Agenten aus der DDR hier ausspionieren, landet auch auf den Schreibtischen des berüchtigten Geheimdienstes der russischen Sozialimperialisten, des KBG. Alle diese Informationen nutzen die russischen Sozialimperialisten für ihre aggressive, expansionistische Politik, die sie in Westeuropa im Ringen mit der anderen Supermacht, dem amerikanischen Imperialismus, betreiben. Alle diese Informationen sind für die russischen Sozialimperialisten unentbehrlich bei ihren Vorbereitungen auf einen imperialistischen Raubkrieg – für einen Überfall auf unser Land. So sieht also der von den Revisionisten so viel gepriesene „Geist von Helsinki" aus!

Der KBG und die Geheimdienste der DDR unterscheiden sich heute in keinster Weise von den Geheimdiensten der westlichen imperialistischen Staaten, mit dem CIA an der Spitze. Das gilt auch für ihre Methoden. Wie schon der Fall Berger zeigt, sind sie in ihren Mitteln nicht gerade wählerisch. Sie nutzen verwandschaftliche Beziehungen und Freundschaften aus, versuchen naive Menschen mit „politischen Argumenten" einzufangen, bestechen und erpressen. Sie legen Listen von fortschrittlichen und revolutionären Menschen und den Marxisten-Leninisten an, um im Fall einer Besetzung der Bundesrepublik durch den russischen Sozialimperialismus, die Revolutionäre nach der Art des Hitlerfaschismus ausschalten zu können.

Es ist bekannt, daß die Bundesrepublik Tummelplatz nicht nur der Agenten des russischen Sozialimperialismus und der DDR ist, sondern auch des CIA und anderer imperialistischer Geheimdienste. Sie machen sich in den Ämtern, Ministerien und in der Bundeswehr breit. BND, Bundesverfassungsschutz und MAD, die, um die Herrschaft der westdeutschen Imperialisten über die Werktätigen unseres Landes aufrechtzuerhalten und zu festigen, Hunderttausende bespitzeln, erfassen und verfolgen, sind eben hauptsächlich Spitzeldienste, die sich gegen unser Volk und andere Völker richten.

Das gleiche gilt auch für die Geheimdienste der DDR, die dazu auch im Auftrag der aggressiven imperialistischen Supermacht Sowjetunion arbeiten.

D''K''P-Terror gegen Genossen

„Endlich haben wir dich, Schneider!", mit diesen Worten stürzte sich in der Nacht zum 25. Mai in einer abgelegenen Gegend des Hamburger Stadtteils Eimsbüttel ein Schlägertrupp von vier Angehörigen der D„K"P-Revisionisten auf den Genossen Detlev Schneider und seine Begleiterin.

Fast im selben Moment stoppte ein Citroën, in dem sich weitere vier D„K"P-Schläger befanden. Nach und nach hatten sich schließlich insgesamt zehn bis zwölf dieser Elemente zusammengerottet, unter ihnen auch der stadtbekannte sozialfaschistische Schläger **Merck**. Sie schlugen auf den Genossen Detlev Schneider ein, um ein fertigzumachen. Dem Genossen und seiner Begleiterin gelang es aber, sich loszureißen und durch das Rufen von Parolen, die Aufmerksamkeit von Passanten zu erregen. Als schließlich einige Passanten hinzukamen, machte sich der Schlägertrupp eilends davon, die Öffentlichkeit ebenso wie das Licht des Tages scheuend.

Alle Umstände beweisen klipp und klar, daß dieser heimtückische Überfall der modernen Revisionisten der D„K"P auf den Genossen vorher genauestens geplant worden ist. Die Schläger kannten den Genossen Detlev Schneider als Presseverantwortlichen unserer Partei. Sie hatten ihm aufgelauert und dazu mehrere Trupps eingesetzt.

Einige Tage später, am Samstag, versuchten die D„K"P-Revisionisten, wieder unter der Beteiligung des Schlägers Merck, erneut den Genossen Schneider zusammenzuschlagen, als er in der Nähe eines Kinderfestes der D„K"P vorbeiging. Schließlich hielt die mit Walkie-Talkies ausgerüsteten Schläger der D„K"P nur die Tatsache zurück, daß es hellichter Tag war und viele Menschen Zeugen eines Überfalls gewesen wären. So „beschränkten" sie sich auf Rempeleien und Pöbeleien.

In diesen Anschlägen tritt die sozialfaschistische Fratze der modernen Revisionisten der D„K"P offen zutage, ihr wütender Haß auf die Marxisten-Leninisten und wirklichen Revolutionäre. Ebenso wie die Bourgeoisie selbst, die die Presseverantwortlichen unserer Partei vor Gericht zerrt und sogar ins Gefängnis zu stecken versucht, konzentrieren sie in Hamburg ihren Terror auf die bekannten Genossen der Partei. Aber darüber hinaus machen sie offensichtlich systematisch Jagd auf revolutionäre Menschen, um die revolutionäre Agitation und Propaganda zu verhindern. Revisionistische Schläger überfielen zwei Klebetrupps der „Liga gegen den Imperialismus", kreisten sie mit Autos ein und schlugen sie zusammen. Einige Genossen wurden dabei schwer verletzt. Drei Schläger der D„K"P zerrten einen weiteren Genossen der „Liga" aus einer Telefonzelle, um ihn fertigzumachen. Dieselben Elemente stoppten ein Auto eines Genossen der „Liga", rissen die Tür auf und prügelten auf den Genossen ein.

An den modernen Revisionisten ist nichts Fortschrittliches. Die D„K"P ist keine revisionistische Partei an der Macht, sie kann nicht wie Breschnew usw. Polizei auf Revolutionäre hetzen und die hauptsächliche Gefahr, die von ihr heute ausgeht, ist ihr ideologischer und politischer Einfluß. Es zeigt sich aber, daß mit der Verschärfung der Klassenwidersprüche und dem wachsenden Einfluß des Marxismus-Leninismus hinter ihren sozialistischen Worten die faschistischen Taten deutlich zum Vorschein kommen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911

Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00; Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 56. Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr. Tel.: 0221 / 85 41 24.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Polens, die „ROTE FAHNE"

Enwer Hodzia
Sprawozdania i przemówienia
1971 - 73

Werke von Genossen Enver Hoxha auf polnisch

Zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 1649